

Zeitschrift der AG Cuba sí
in der Partei DIE LINKE

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
im Rahmen des Gipfels der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Anfang Juni 2022 in Los Angeles sprach US-Außenminister Antony Blinken u. a. von geplanten Investitionen „im Kampf gegen digitale Desinformation in Lateinamerika“, wofür die USA die „Schulung von Journalisten“ finanzieren wolle.

Kampf gegen Desinformation? Plant die US-Regierung etwa, ihre subversiven Aktivitäten gegen Kuba über Hetzsender wie Radio und TV *Martí* einzustellen? Wird nachweislich aus dem US-Haushalt finanzierten Verleumdungskampagnen in den sozialen Medien der Geldhahn zugekehrt? Das wäre wohl Wunschdenken.

Auf Kuba bezogen, bliebe das erklärte Ziel solcherlei Maßnahmen weiterhin der *regime change*. Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel brachte es auf den Punkt: Derartige Vorhaben zielten darauf ab, „insbesondere junge Menschen mit Ideen zu versorgen, die in den ideologischen Laboren der USA entwickelt wurden, um Verhaltensweisen und Weltanschauungen zu fördern, die zu politischer Apathie und sozialer Entfremdung, zu Egoismus, Rassismus, Narzissmus und Aggressivität“ führen.

„Wenn ein größerer Einfluss und eine stärkere Kontrolle über unsere Gesellschaften angestrebt werden, indem die technologischen Informationsplattformen in wenigen Händen monopolisiert werden, ist das offensichtliche Ziel die Konsolidierung der hegemonialen und imperialistischen Vorherrschaft mit neuen Methoden“, erklärte Díaz-Canel. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Es herrscht Aufbruchstimmung in Lateinamerika. Die jüngsten Wahlsiege linker und fortschrittlicher Kräfte sind Ausdruck des Wunsches nach sozialer Gerechtigkeit, einem Leben in Würde, Überwindung neokolonialer Abhängigkeiten, Anerkennung autochthoner Kulturen und einem Ende von Gewalt und Ausplünderung. Die dürftigen Ergebnisse und diplomatischen Blamagen für die USA als Gastgeber (Revista S. 2) belegen: Lateinamerika ist nicht länger der Hinterhof des Imperiums im Norden.

Die Redaktion



„Kuba lebt und arbeitet“ lautete das Motto der Großdemonstration zum 1. Mai 2022 in Havanna. Angeführt wurde der Zug von den Werktätigen des Gesundheitswesens in Anerkennung der grandiosen Forschungsleistung bei der Entwicklung von fünf Impfstoffen gegen COVID-19. „Ellos salvaron el país“ – „Sie haben das Land gerettet“ war auf zahlreichen Plakaten zu lesen. Die kämpferisch-mitreibende Manifestation unterstrich die Entschlossenheit des kubanischen Volks zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und zum Widerstand gegen die immer aggressiveren und hemmungsloseren Angriffe auf die Souveränität Kubas. Mehr als 6,5 Mio. Menschen waren am Feiertag der Werktätigen auf den Straßen Kubas.

In praktischer Umsetzung der Revolution

Roter Faden in der aktuellen Revista sind Durchhaltevermögen, Weitsicht und die praktische Anwendung von Fidel Castros Definition einer Revolution – nämlich das zu ändern, was geändert werden muss. Kuba vollzieht eine tiefgreifende Aktualisierung der administrativen und ökonomischen Strukturen. Angesichts verschärfter US-Blockade, den Folgen der Pandemie und weltweiter Preissteigerungen kein leichtes Unterfangen. Nach der neuen Verfassung 2019 und der Währungszusammenführung 2020/21 wird im Herbst ein reformiertes Familiengesetz verabschiedet, dessen Inhalte wir auf S. 8 vorstellen. Zur aktuellen Lage informiert die neue Botschafterin Kubas auf S. 3.

Die Pandemie überwand Kuba durch das abgestimmte Vorgehen von Regierung und Behörden, eine disziplinierte Bevölkerung und die flächendeckende Impfkampagne. Auf den Seiten 6 und 7 berichten wir über die Grundlagen der eigenständigen Entwicklung von fünf Impfstoffen und Kubas Exportpläne.

Hartnäckigkeit und Kreativität beweisen unsere kubanischen Partner bei der Ernährungssicherung in der Landwirtschaft. Lesen Sie über Ergebnisse und nächste Ziele an drei unserer Projektstandorte (Seiten 12–14).

Und dann war da noch der Bundesparteitag der LINKEN ... Wir wünschen Ihnen eine erhellende und spannende Lektüre!

IX. OAS-Treffen: Wie der Gipfel zum Fiasko wurde

US-Präsident Joe Biden hat die Länder Kuba, Venezuela und Nicaragua Anfang Juni 2022 nicht nach Los Angeles geladen.

US-Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris kamen extra mit Ehegatten zum IX. Gipfeltreffen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom 8. bis 10. Juni in Los Angeles angereist, so wichtig war es ihnen. Offizielle Themen sollten die Migrationskrise, Klimawandel, Wirtschaft und Pandemie sein.

Joe Biden hatte den Gipfel einberufen und wollte angesichts der wichtigen bevorstehenden US-Zwischenwahlen im November Stärke demonstrieren, um nicht von rechten US-Politiker*innen als zu freundlich gegenüber linken Ländern Amerikas bezeichnet zu werden. Deshalb hatte er Kuba, Nicaragua und Venezuela nicht zum Gipfel eingeladen. Was sich als Bumerang erwies, weil es den Protest zahlreicher Länder Amerikas hervorrief. So schickten einige nicht ihre Staatschefs, sondern Regierungsbeamte unterer Ebenen, eine klare Missachtung der US-Regierung.

Aus Mexiko, Guatemala und Honduras kamen z. B. nur die Außenminister, aus El Salvador der Minister für öffentliche Angelegenheiten. Auch die Präsidenten von Bolivien und Uruguay fehlten. Einige kleine Karibikstaaten waren überhaupt nicht erschienen.



IX. Amerika-Gipfel – (Wir behalten uns das Recht auf Zutritt vor), Zeichnung: Adán

Auf dem Treffen selbst verurteilten dann rund 20 Staaten den Ausschluss Kubas, Venezuelas und Nicaraguas. Mexikos Außenminister Marcelo Ebrard erklärte: „Wir sind der Meinung, dass niemand das Recht hat, einen anderen auszuschließen“ und forderte das Ende der „jahrzehntelangen unmenschlichen Blockade gegen Kuba.“ Chiles Präsident Ga-

bril Boric sagte: „Wir sollten alle hier sein, aber wir sind nicht hier“ und forderte „die ungerechte und inakzeptable US-Blockade gegen das kubanische Volk ein für allemal zu beenden.“ Der argentinische Präsident Alberto Fernández bedauerte, das „nicht alle, die hätten anwesend sein sollen, anwesend waren.“ Der Premierminister von Belize, John Briceno, sagte, dass „Kuba eine konstante und beispiellose Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich für fast zwei Drittel der Länder dieser Hemisphäre geleistet hat.“

Von 32 Rednern, so die kubanische Agentur Prensa Latina, hätten nur die rechten Präsidenten Jair Bolsonaro (Brasilien) und Iván Duque (Kolumbien) sowie der Generalsekretär der OAS, Luis Almagro, die Ächtung der drei Staaten unterstützt.

Auf dem abschließenden Foto des Gipfels mit Präsident Biden fehlte fast die Hälfte der Teilnehmer*innen. 15 der insgesamt 35 Länder verweigerten die Unterzeichnung eines Migrationsabkommens. So verwundert es nicht, das viele meinen, der Gipfel sei für die USA zum Fiasko geworden.

Thomas Grossman

Kuba-Film von Oliver Stone

„Der Krieg gegen Kuba“, ein Dokumentarfilm, produziert vom US-Filmmacher Oliver Stone und dem US-Schauspieler Danny Glover und gesprochen von der kubanischen Journalistin Liz Oliva, wurde am 19. Februar in Spanien im Kulturzentrum „La Marineta“ in Molllet del Vallès (Provinz Barcelona) im Rahmen des 14. Zyklus des Kubanischen Kinos präsentiert. Laut der Webseite Cubainformación untersucht der Dokumentarfilm die Auswirkungen von sechs Jahrzehnten Sanktionen und Blockade gegen Kuba und seine Bevölkerung. Oliver Stone schreibt der US-Aggression gegen Kuba eine wirtschaftliche und politische Motivation zu, da Ex-Präsident Trump mit seiner anti-kubanischen Haltung um die Stimmen der sogenannten „Exilkubaner“ in Florida, einem Schlüsselstaat für die US-Präsidentschaftswahlen, warb.

Quelle: Granma, 16. 2. 2022

Wiederaufbau nach Explosion

Das Unternehmen Proyectos Restaura des Büros des Stadthistorikers von Havanna (OHC) wird mit den Reparaturarbeiten an vier Gebäuden beginnen, die von dem Unglück betroffen sind, das sich am 6. Mai im Hotel Saratoga ereignet hat. Sobald die Bergungs- und Rettungsmannschaften ihre Arbeit beendet

haben, sollen an verschiedenen Stellen Sensoren angebracht werden, da sich das Hotel noch verformen kann. Es ist geplant, das Wasser aus dem Keller zu entfernen und die auf den Dächern verbliebenen Anlagen wie Kraftstofftank und Kühlanlagen abzubauen sowie einen Pool zu entleeren. Generell wurden nach dem Unglück 17 Gebäude als betroffen identifiziert, von denen das OHC folgende in Angriff nehmen wird: das Martí-Theater, die Yoruba-Kulturvereinigung, die Baptistenkirche El Calvario und das Nationale Kapitol, wo einige ausgeführte Holz- und Glasarbeiten sowie die Außenbereiche, in denen sich Gärten befinden, beschädigt sind.

Quelle: Granma, 13. 5. 2022

Neues Bioprodukt für Landwirtschaft

Mit der Vorstellung des neuen Bioprodukts Iplus-Bf, das die Mikroorganismen im Boden aktiviert, die Pflanzen stimuliert und sie resistenter gegen Schädlinge macht, ohne dass die damit geförderten Lebensmittel ihre Bio-Zertifizierung verlieren, feierte die Versuchsstation für Weide- und Futtermittel „Indio Hatuey“ (Perico, Matanzas) ihr 60-jähriges Bestehen. Gegründet von Fidel und als das erste durch die Revolution geschaffene wissenschaftliche Zentrum im Agrarsektor geltend, erhielt es Anfang März den Nationalen Preis für Technologische Innovation. Iplus-Bf wird aus effizien-

ten Mikroorganismen gewonnen und kann bei allen landwirtschaftlichen Kulturen eingesetzt werden. Die Station verfügt über eine Anlage von zehn Kunststofftanks mit einem Fassungsvermögen von jeweils 1 500 Litern, die bis zu einer Million Liter des Bioprodukts pro Jahr herstellen kann, was etwa 500 000 Hektar zugutekommen wird.

Quelle: Granma, 10. 3. 2022

Souveränität an Nahrungsmitteln

In Havanna ist der kubanische Nationale Plan für Nahrungsmittelsouveränität und Ernährungserziehung (Plan SAN) vor Vertretern des diplomatischen Korps vorgestellt worden. Darin werden vielfältige Lösungsansätze für die andauernden Versorgungsprobleme vorgeschlagen. Die angestrebte Transformation soll zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Kapazitäten führen, die teuren Importe ersetzen und gleichzeitig eine gesündere Esskultur fördern. Der Plan wurde unter Beteiligung von über 300 Expert*innen aller Wirtschaftssektoren und von Universitäten erstellt. Es wurde betont, die Umsetzung sei eine lebenswichtige Sache für Kuba, da es nicht nachhaltig sei, Lebensmittelimporte im Wert von über zwei Milliarden US-Dollar aufrechtzuerhalten, fast 60 Prozent dessen, was auf der Insel konsumiert wird.

Quelle: Edgar Göll, amerika21, 22. 2. 2022

Kuba bleibt seinem Weg treu

Im Gespräch mit Juana Martínez, Botschafterin der Republik Kuba in der BRD.

Im April 2022 hat Juana Martínez ihren Amtsvorgänger Ramón Ripoll an der Spitze der diplomatischen Mission abgelöst. Bereits 2001–2005 vertrat sie ihr Land im Konsulat in Bonn und in der Botschaft in Berlin. Danach war sie Botschafterin in Peru und leitete das Archiv des Außenministeriums in Havanna. Juana Martínez ist verheiratet und hat zwei Kinder.

● Frau Martínez, willkommen! Welche Schwerpunkte haben Sie sich für Ihre Arbeit als Botschafterin gesetzt?

Ich will mich einsetzen, die guten Beziehungen zwischen Kuba und der Bundesrepublik weiter zu stärken. Konkret fördern wollen wir die kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dazu möchte ich bestehende Kontakte in die Bundesländer pflegen, neue aufbauen und auch die Landesparlamente besuchen. Von großem Interesse für uns sind Anregungen aus der kommunalen Selbstverwaltung und ein Erfahrungsaustausch mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese Ideen haben wir aus Deutschland für unsere Wirtschaft übernommen. Gerade was die Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) betrifft, machen wir in Kuba erste Erfahrungen. Auch wünschen wir uns noch mehr in Kuba tätige deutsche Unternehmen. Die neuen Anreize für ausländische Investitionen tragen hoffentlich dazu bei. Auch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Einrichtungen der Forschung und Entwicklung soll ausgebaut werden.

● US-Blockade, Pandemie und der Krieg in der Ukraine: Welche Auswirkungen hat all das auf die wirtschaftliche und soziale Lage in Kuba?

Die Lage stellt sich komplex dar: Seit mehr als 60 Jahren wird Kuba durch die US-Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade ge-

knebelt, die die längste und umfangreichste der Geschichte ist. Dadurch sind bis zur ersten Hälfte des Jahres 2021 Gesamtschäden in Höhe von rund 1,257 Billionen Euro entstanden; das entspricht einem Verlust von mehr als 11,5 Mio. Euro pro Tag! Da Kuba durch die USA erneut als ein angeblich den Terrorismus förderndes Land gelistet wurde, ist unser Zugang zum internationalen Welt- und Finanzmarkt erheblich erschwert. Hinzu kommen die Folgen der Pandemie – enorme Preissteigerungen auf dem Weltmarkt und erhebliche Transport- und Frachtkosten. Einbußen entstehen uns auch durch die Sanktionen gegen Russland, v.a. im Tourismus. Diese Auswirkungen im Alltag führen zur Abwanderung vor allem junger Menschen aus wirtschaftlichen Gründen. Unsere Bevölkerung ist sehr gut ausgebildet. Viele junge Menschen sind ausgezeichnete Fachkräfte, finden aber derzeit keine ausreichenden Möglichkeiten, um ihre Kenntnisse anzuwenden und ein Leben aufzubauen. „Doch trotz Blockade, Pandemie und Krieg erhalten wir unser solidarisches Gesellschaftsmodell und den Anspruch aller Bürger*innen auf kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung aufrecht.“

● Was tut der Staat, um die Lage zu verbessern?

Gegenwärtig findet ein grundlegender und umfassender Aktualisierungsprozess in rechtlichen Strukturen, in der Wirtschaft und Gesellschaft Kubas statt. Ein Meilenstein war die Verabschiedung einer neuen Verfassung unter Beibehaltung ihres sozialistischen Charakters: 84 Prozent der Kubaner*innen haben dafür gestimmt. Das heißt, der Sozialismus ist das System, den unser Volk gewählt hat und wir werden dieses Gesellschaftsmodell weiterentwickeln. Daran können uns weder die Pandemie noch geschürte Unruhen oder die US-

Blockade hindern. Auch die Vereinheitlichung des Währungssystems zählt zu dieser Aktualisierung, um die staatlichen Betriebe effizienter zu machen. „Ein nationaler Plan bis zum Jahr 2030, der auch die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene berücksichtigt, ist Grundlage für unser künftiges Wirtschafts- und Sozialmodell.“

Im wirtschaftlichen Bereich wurden neue, teils nichtstaatliche, Akteure zugelassen. Neben Genossenschaften sind dies aktuell mehr als 3 000 KMU. Sie erweitern das Angebot an Waren und Dienstleistungen. „Mittel- und langfristig erwarten wir mehr Investitionen ausländischer Unternehmen und eine Erholung des Tourismus.“

● Lässt sich bereits eine positive Entwicklung erkennen?

Ja, die immensen Erfolge der biopharmazeutischen Industrie! Kuba hat trotz aller beschriebenen Probleme als einziges Land Lateinamerikas in relativ kurzer Zeit fünf eigene COVID-19-Impfstoffe entwickelt. Unsere nationale Impfkampagne ist nahezu abgeschlossen, einschließlich der Kinder. Damit gelang die Rückkehr zur Normalität. „Außerdem haben wir eine Reihe anderer Länder mit Ärzt*innen und Impfstoffen beim Kampf gegen die Ausbreitung der Pandemie unterstützt. Doch immer, wenn Kuba Erfolge verzeichnet, holen die USA zu neuen Schlägen aus, um unserer Wirtschaft zu schaden.“

● Welche Rolle spielt die Solibewegung heute für Kuba?

Zunächst möchte ich mich für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken! Gerade in der aktuell sehr komplexen Situation unterstützen uns die Freund*innen enorm – sei es materiell-finanziell in strategischen Bereichen wie im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft, oder politisch mit der Kampagne UnblockCuba. Die Aufklärung über die Realität in Kuba, Veranstaltungen und Kundgebungen bleiben eine wirksame Hilfe. „Besonders wichtig ist der Einsatz für die Beendigung der völkerrechtswidrigen US-Blockade. Viele Menschen in Deutschland wissen nicht, was sie für die Bevölkerung Kubas wirklich bedeutet und was die US-Regierung sonst noch unternimmt, um unser sozialistisches Gesellschaftsmodell durch Medienkampagnen und Fake News im Internet zu schwächen und zu diskreditieren.“

Die Solidarität hat deshalb auch einen psychologischen Effekt und bestärkt unser Volk, den eingeschlagenen Weg des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft weiter zu beschreiben. Das kann nicht genug gewürdigt werden. Insofern lade ich die Solibewegung ein, auch weiterhin jede Möglichkeit zu nutzen, um für Kuba wirksam zu werden.

Miriam Näther

mit Auszügen aus *junge Welt* vom 14. 5. 2022



Botschafterin Juana Martínez (links) führt die Frauenpower der diplomatischen Mission Kubas an. Ihr erster Weg nach der offiziellen Akkreditierung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 7. April 2022 führte sie direkt zum Cuba sí-Bundestreffen nach Naumburg: „Ich freue mich sehr, meine Mission unter Freunden zu beginnen.“ Begleitet wurde sie von Wirtschaftsrätin Anamary Suárez (rechts) und der Dolmetscherin Olga Cisneros (Mitte). Foto: Wolfgang Frotscher

60 Jahre US-Blockade sind 60 Jahre zuviel!

Grundlage der US-Blockade gegen Kuba ist das 1961 erlassene „Gesetz zur Bewilligung ausländischer Hilfe“ (Foreign Assistance Act). Der vollständige Titel lautet „Gesetz zur Förderung der Außenpolitik, der Sicherheit und des allgemeinen Wohlergehens der Vereinigten Staaten durch die Unterstützung von Völkern der Welt in ihren Bemühungen um wirtschaftliche und soziale Entwicklung und innere und äußere Sicherheit sowie für andere Zwecke.“

Eingedenk seiner Entstehungszeit beinhaltet es u.a. das Verbot der Hilfe für ein kommunistisches Land, es sei denn, „der Präsident stellt fest, dass dieses Land nicht von der internationalen kommunistischen Bewegung beherrscht oder kontrolliert wird“ und sofern die Hilfe die Unabhängigkeit des Landes vom internationalen Kommunismus fördern wird. Das Gesetz ist nach wie vor gültig – erst im März 2022 genehmigte US-Präsident Biden auf dieser Grundlage Sicherheitshilfen für die Ukraine in Höhe von 800 Mio. US-Dollar.

Um die aufkeimende kubanische Revolution zu zerstören, erließ Präsident Kennedy auf dieser Grundlage die Präsidialproklamation Nr. 3447, die eine Blockade über den Handel zwischen den USA und Kuba verhängte und am 7. Februar 1962 in Kraft trat. Regelmäßig erneuerten die folgenden US-Präsidenten diesen Beschluss. Mit dem Ende des sozialistischen Lagers und dem Beginn der Spezialperiode in Kuba schien die Zeit gekommen, Kubas alternativem Gesellschaftsmodell den Garaus zu machen: Mit der Unterzeichnung des Torricelli- (Bush 1992) und des Helms-Burton-Gesetzes (Clinton 1996) wurden der Präsidialerlass US-Gesetz, die Sanktionen verschärft und auf Drittstaaten erweitert.

Seit sechs Jahrzehnten ist das Ziel *regime change* unverändert, die Strategien variierten. Präsident Obama erließ Erleichterungen u.a. für den Reiseverkehr, Geldsendungen von in den USA lebenden Kubaner*innen an ihre Angehörigen in Kuba und Familienzusammenführungen. Für die Aufhebung der Blockade-

gesetze setzte er sich nicht ein, er beließ es beim „Wandel durch Annäherung“. Nachfolger Trump nahm diese Regulierungen zurück und verschärfte die Blockade um weitere 243 Einzelmaßnahmen. Darunter fiel auch die unter Obama aufgehobene Listung Kubas als angeblich den internationalen Terrorismus fördernder Staat. Diese Verleumdung schließt Kuba vom internationalen Finanzsystem aus und erschwert es dem Land, benötigte Ressourcen zu erwerben.

Präsident Biden hat bisherige Hoffnungen auf eine Normalisierung der Beziehungen enttäuscht. Bis zum Mai 2022 blieben die unter Trump verhängten Sanktionen mit voller Härte in Kraft – die gesamte Pandemie hindurch. Angekündigt wurden inzwischen einige wenige Lockerungen bei Reisen, Geldsendungen und Familientreffen. In der US-Botschaft in Havanna solle zudem die Visa-Bearbeitung wiederaufgenommen werden. Ein Zeitplan zur Umsetzung ist unbekannt.

Blockade ist allgegenwärtig

All dies ist jedoch nur Kosmetik. Kein kubanisches Familienleben bleibt von den Auswirkungen dieser unmenschlichen Politik verschont. Deshalb legt Kuba der Vollversammlung der Vereinten Nationen jedes Jahr einen Bericht über die entstandenen Schäden an Gesellschaft und Wirtschaft vor und beantragt ein Referendum für ein Ende der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade.

Beispiele aus dem letztjährigen Bericht über die von April bis Dezember 2020 erlittenen Einbußen geben einen Eindruck der menschenverachtenden US-Politik. In jener Hochphase der Pandemie erschwerte die Blockade Kuba die Beschaffung medizinischer und humanitärer Hilfsgüter zur Bekämpfung von COVID-19 und nahm Opfer billigend in Kauf:

Zwei deutsche Unternehmen als Lieferanten von Reagenzien, Labor- und Verbrauchsmaterial stellten den Handel mit Kuba aufgrund der verschärften Blockadebedingungen ein. Kuba war somit im Berichtszeitraum nicht in der Lage, insgesamt 32 Ausrüstungen und Lieferungen für die Herstellung von Impfstoffkandidaten gegen COVID-19 oder für den Abschluss der klinischen Versuche mit dem Impfstoffkandidaten zu erhalten. Alternative Anbieter und Zwischenhändler zogen Preiserhöhungen von 50 bis 65 Prozent nach sich.

Da ein Großteil der verfügbaren Ressourcen in die Impfstoffentwicklung floss, entstand im Gesundheitswesen Kubas eine instabile Versorgung mit Medikamenten für den Krankenhausverbrauch sowie für Menschen, die Insulin, Antibiotika,

Schmerzmittel und Medikamente zur Behandlung von Bluthochdruck, Allergien und anderen chronischen Krankheiten benötigen. Der Kauf hochwertiger Medikamente und medizinischer Ausrüstung bei US-Firmen ist weiterhin unmöglich.

Auch medial ist die Blockade spürbar: Im August 2020 wollte Kuba seinen ersten Impfstoffkandidaten gegen COVID-19 ankündigen. Das Unternehmen *Google* zensurierte die *YouTube*-Profile der Nachrichtensender *Granma*, *Mesa Redonda* und *Cubavisión Internacional* unter Berufung auf angebliche Verstöße gegen die Exportgesetze der USA.

Anwendung auf Drittstaaten

Der extraterritoriale Charakter der Blockade verletzt die Souveränität von Drittländern. Seit der Aktivierung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes im Mai 2019 wurden 34 Gerichtsverfahren eingeleitet. US-Bürger*innen haben demnach das Recht, ausländische Firmen vor US-Gerichten zu verklagen wegen der Nutzung im Zuge der Revolution verstaatlichten Eigentums – obwohl die Regierung den Eigentümern damals Entschädigungen anbot, was die USA ablehnten. Diese aggressive Praxis schafft heute ein Szenario, das potentielle Investoren abschreckt und langjährige Partner einschüchtert.

Zwischen April und Dezember 2020 beliefen sich die finanziellen Verluste und Handelsausfälle auf 404,2 Millionen Dollar – ein Anstieg von 42 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zahlreiche Banken kappten aus Angst vor Repressalien ihre Dienstleistungen: Neben Überweisungen für den Kauf von Lebensmitteln, Medikamenten und Konsumgütern sind das auch Geschäftsverbindungen zu diplomatischen Vertretungen Kubas in aller Welt. Dies beeinträchtigt deren Betrieb und den Lebensunterhalt ihrer Mitarbeiter*innen.

Dagegen spülten die von der US-Behörde für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte verhängten Strafzahlungen gegen Einrichtungen der USA und von Drittstaaten wegen angeblicher Verstöße gegen die Blockade zwischen 2017 und 2020 mehr als 3,76 Milliarden US-Dollar in die Kassen des Imperiums.

Die Blockade ist eine massive und systematische Verletzung der Menschenrechte des gesamten kubanischen Volkes, die nach Artikel II, Absatz C der Genfer Konvention von 1948 einen Akt des Völkermords darstellt. An der Seite Kubas fordern wir: 60 Jahre sind genug! Schluss mit Behinderung, Manipulation, Aggression und Diskriminierung!

#UnblockCuba!

Miriam Näther

Quellen: *amerika21*, *Granma*, UNO, USAid, Wikipedia



Foto: Granma

Klarer politischer und moralischer Sieg: Bei der 29. (!) Abstimmung über ein Ende der Blockade im Juni 2021 stimmten 184 Länder der Staatengemeinschaft mit Kuba gegen die USA und ihren Verbündeten Israel bei drei Enthaltungen (Brasilien, Kolumbien und Ukraine).

Kolumbien: Historischer Pakt – historischer Wechsel

Der frühere Bürgermeister von Bogotá, Gustavo Petro, gewinnt mit dem Bündnis „Pacto Histórico“ die Präsidentschaftswahl.

Es ist in der Tat ein historischer Vorgang, der sich in Kolumbien vollzogen hat. In dem seit mindestens 60 Jahren von einem inneren Krieg heimgesuchten und immer von rechtsgerichteten Regierungen geführten Land hat zum ersten Mal ein Präsidentschaftskandidat aus dem linken Lager die Wahl gewonnen und wurde vorher nicht umgebracht, wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen. Kein Wunder, dass nach Gustavo Petros Wahlsieg die Massen auf die Straßen strömten, um diesen Erfolg zu feiern. Dabei war der Sieg knapp, aber so eindeutig, dass er nicht einmal von ultrarechten Kräften angezweifelt wurde. Petro erhielt mit 11,2 Mio. Stimmen (50,48 Prozent) 2,7 Mio. Stimmen mehr als bei Runde 1. Es ist die höchste Stimmzahl, die jemals bei Präsidentschaftswahlen für einen Kandidaten abgegeben wurde. Der Gegenkandidat Hernández vereinte 10,5 Mio. Stimmen (47,31 Prozent) auf sich. Die Wahlbeteiligung betrug 58,4 Prozent; 3,5 Prozent mehr als bei der ersten Runde.

Dieser Wahlerfolg ist umso bemerkenswerter, da die konservativen und rechten Kreise eine rigorose Hasskampagne unter der Losung „Jeder außer Petro“ führten. Sie waren sich der Bedeutung dieser Richtungswahl bewusst. Die Abwahl der traditionellen Machteliten stellt eine politische Zäsur für das Land dar.

Die Mobilisierung der zusätzlichen Wählerschichten für den Historischen Pakt wird hauptsächlich der Kandidatin für die Vizepräsidentschaft, Francia Márquez, zugeschrieben, die schon bei den Vorwahlen fast 800 000 Stimmen auf sich vereinen konnte. Das veranlasste Petro (62 Jahre), sie zu seiner Vizepräsidentschaftskandidatin zu machen. Damit wurde die Unterstützung seitens der Bewegungen, Organisationen und Sektoren des sozialen Aufstands von 2019 bis 2021 gewonnen. Die 40-jährige Afrokolumbianerin hatte sich große Sympathien erworben durch ihren Einsatz gegen Rassismus und patriarchale Strukturen sowie gegen umweltschädlichen Extraktivismus und Bergbau und die damit verbundene Zwangsvertreibung von Gemeinden in diesen Gebieten. Sie konzentrierte ihre Wahlkampagne auf die historisch vernachlässigten Gebiete des Landes, wo sie Ergebnisse von bis zu 80 Prozent erzielte. Sie verkörpert die „Namenlosen der Geschichte“.

Ein links gerichteter Präsident Kolumbiens war bis vor wenigen Jahren noch undenkbar. Regierungs- und Verwaltungsapparat sowie die Medien sind traditionell von der Oberschicht beherrscht. Es sind einige wenige Familien, die das Land nach Gutsherrenart regieren und die Elite repräsentieren, aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Petros Sieg ist Ausdruck einer Revolte der Entrecht-

ten gegen katastrophale Armut, Gewalt und Korruption.

Die Erwartungen, die vor allem die Protagonisten der sozialen Unruhen an Petro und Márquez knüpfen, sind riesig. Sie werden kaum erfüllbar sein. Dessen ist sich Petro bewusst. Er weiß, dass er nicht an der Macht, sondern nur an der Regierung ist. Demzufolge muss er versuchen, in diesem tief gespaltenen Land eine neue politische Kultur des Ausgleichs und des Dialogs durchzusetzen. Er betont immer wieder, dass er eine Politik der Liebe verfolgen werde, nicht des Hasses und der Rache an der Opposition. Damit scheint er Erfolg zu haben. Teile der rechten Opposition – selbst von der konservativen Partei – verlassen die offizielle Linie ihrer Parteien und erklären sich zur Mitarbeit mit der neuen Regierung bereit. Inoffizielle Listen möglicher Minister werden von linker Seite als Neuaufgabe der Santos-Regierung bezeichnet, da etliche der in Rede stehenden Politiker schon bei vorangegangenen Regierungen mitwirkten.

Impulse für den Friedensprozess

Bei der Innenpolitik zählt zu den drängendsten Aufgaben die Wiederbelebung des Friedensprozesses. Die künftige Regierung wird die Erkenntnisse und Empfehlungen der von der Duque-Regierung abschätzig behandelten Wahrheitskommission ernst nehmen. Dazu gehören eine Reform der Polizei- und Streitkräfte, eine andere Drogenpolitik und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der weiterhin aktiven Guerilla ELN.

Das Militär bleibt ein Schlüsselakteur. Es fürchtet, unter der neuen Regierung für seine Verbrechen gegen die Menschenrechte zur Verantwortung gezogen zu werden. Zum 20. Juli hat Heereschef Zapateiro seinen Rücktritt erklärt. Um Spannungen mit dem Militär entgegenzuwirken, hatte Petro angekündigt, für bessere Lebensbedingungen der Unteroffiziere, Polizist*innen und Soldat*innen sorgen zu wollen.

Petro kündigte drei Notmaßnahmen nach seiner Amtsübernahme am 7. August an: flächendeckende Bekämpfung des Hun-



Gustavo Petro und Francia Márquez gewinnen Wahlen in Kolumbien, Foto: Juventud Rebelde

gers, gerichtliches Vorgehen gegen die unbestrafte Korruption und Einstellung des Erdöl-Frackings.

Außerdem will Petro die Renten-, Bildungs- und Gesundheitssysteme reformieren. Die dafür nötigen Mittel will er durch höhere Steuern für das reichste 0,01 Prozent der Bevölkerung aufbringen.

Weitere Vorhaben sind mehr Frauenrechte, verbesserte Gleichstellung, eine Landreform und der Schutz der indigenen Bevölkerung, der Bauern und der Afrokolumbianer*innen.

Neuausrichtung der Außenpolitik

Als ersten Schritt wird es eine Verbesserung der Beziehungen zu Venezuela geben. Auch ist zu erwarten, dass sich Kolumbien wieder mehr auf die lateinamerikanische Integration im Rahmen von Unasur und Celac orientieren und sich für eine multipolare Welt einsetzen wird. Spannend bleibt der Status Kolumbiens als globaler Nato-Partner. Bisher war Kolumbien ein williger und zuverlässiger Partner der USA bei deren Hegemonialpolitik. Kein Wunder, dass die US-Regierung durch Petros Sieg aufgeschreckt wurde. Bereits zwei Tage nach der Wahl kam es zu einem Telefonat mit Biden. Das ist bemerkenswert, denn Petro ist noch nicht im Amt, und das erste Telefonat des noch amtierenden Präsidenten Duque mit Biden wurde erst fünf Monate nach dessen Amtsantritt geführt. Nach Duques Wahlsieg 2018 wartete Donald Trump eine Woche ab, bis er ihn anrief. Nun will Biden bei Themen wie Klimawandel, Gesundheitssicherheit und Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 mit Kolumbien auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zusammenarbeiten. Die Frage der US-Militärstützpunkte wurde nicht angesprochen.

Kolumbien wird kein willfähriger Vollstrecker der US-Regierung mehr sein. Das wird sich auch im Kräfteverhältnis innerhalb der OAS widerspiegeln, wo die Politik der Ausgrenzung unliebsamer Staaten wie Kuba, Nicaragua und Venezuela seitens der USA nicht mehr widerspruchsflos hingenommen wird, wie es auf dem OAS-Gipfel im Juni 2022 in Los Angeles sichtbar wurde.

Angemerkt sei noch, dass der Regierungswechsel in Kolumbien auch Auswirkungen auf Deutschland haben kann. Mit dem scheidenden Präsidenten Duque hatte Bundeskanzler Scholz noch eine Erhöhung des Steinkohleimports nach Deutschland („Blutkohle“ aus dem Tagebau Cerrejón) als Ersatz für russische Steinkohlelieferungen vereinbart. Petro dagegen will den Bergbau einschränken und auf die Einhaltung der Menschenrechte der indigenen Bevölkerung in diesem Gebiet achten.

Gerhard Mertschenk

Anlässlich des 30. Jubiläums der Gründung von Cuba sí 2021 weilte vom 28. April bis 15. Mai 2022 eine Delegation langjähriger Aktivist*innen in Kuba. Bei Gesprächen und Begegnungen mit Vertretern der medizinischen Forschung informierten wir uns aus erster Hand über Kubas Kampf gegen die Pandemie und die Grundlagen für die beeindruckende Entwicklung von fünf Vakzinen gegen COVID-19.

„Für uns sind Impfstoffe kein Geschäft“

Der 5. Mai 2022 stand für unsere Delegation ganz im Zeichen von Forschung und Entwicklung. Den Auftakt machte ein Besuch im Zentrum für Gen- und Biotechnologie (CIGB) in Havanna. „Kuba war das 4. Land der Welt, das einen eigenen biotechnologischen Forschungsbereich gründete. Ideengeber war unser Commandante en Jefe, Fidel Castro“, beginnt Manuel Raíces seine Ausführungen. Ursprung der wissenschaftlichen Arbeit war die Erforschung von Zellen und Möglichkeiten, ihre Informationen zu verändern, um kranke Zellen heilen zu können, erläutert uns der leitende Forscher und Doktor der Molekularbiologie. „Das gängige Konzept der Pharmaindustrie und Biotechnologie ist es ja, nach einer oft langfristigen Entwicklungsdauer hohe Gewinne durch die Vermarktung der Erzeugnisse vor allem in Europa, Nordamerika und Japan zu erzielen. Unser Anliegen ist völlig gegensätzlich: Kuba stellt seine Produktion in den Dienst der Menschen und versorgt vor allem die benachteiligten Menschen in den Ländern des globalen Südens. Wir streben mit unserer Forschung nach der Lösung medizinischer Probleme, nicht nach Geld und Profit“, unterstreicht Manuel Raíces.

Er zeigt uns eine Skala, die die Ausgaben für das Gesundheitswesen in den Kontext zur Lebenserwartung eines jeweiligen Landes setzt. Länder wie die Schweiz, Japan, Singapur und die USA führen die Tabelle an. Doch auch Kuba gehört zu dieser Liga mit seinen vergleichsweise geringen Aufwänden für das Gesundheitswesen bei gleichzeitig hoher Lebenserwartung. Wie kommt das? „Unser Gesundheitswesen ist auf Prävention ausgerichtet. Infektionskrankheiten wird durch Impfung vorgebeugt und wir verfügen durch unser System des Familienarztes über eine engmaschige

Kontrolle und Betreuung z.B. bei Herz-Kreislauf- oder Krebserkrankungen“, erläutert er.

Anders als in der gewinnorientierten Pharmaindustrie besteht zwischen den verschiedenen kubanischen Forschungseinrichtungen kein Konkurrenzdenken, eher sportlicher Ehrgeiz: „Was würde es einem kleinen Land wie Kuba mit begrenzten Ressourcen nützen, wenn sich unsere Wissenschaftler gegenseitig ausbooteten oder Informationen zurückhielten? Es gäbe am Ende nur Verlierer. Und so sind wir in der Lage, in den 31 Betriebsteilen des Mutterkonzerns BioCubaFarma mit 60 Produktionsanlagen und mehr als 20 300 Mitarbeiter*innen 356 der von der WHO gelisteten 619 Präparate der medizinischen Grundversorgung selbst herzustellen. Darüber hinaus wird bei uns an weiteren Impfstoffen und Pharmazeutika für verschiedene Krankheiten geforscht, aber auch an chemisch-physikalischen Grundlagen. Aktuell exportieren wir in 57 Länder“, zählt er uns die beeindruckende Statistik auf.

Inwieweit konnten die Erkenntnisse aus der Zellforschung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie beitragen? Manuel Raíces' Augen leuchten auf: „Unsere Herangehensweise an die Bekämpfung der Pandemie war, durch antivirale Präparate das Immunsystem der Betroffenen zu stärken und durch die Gabe entzündungshemmender Medikamente den mit einer COVID-19-Infektion einhergehenden Zytokinsturm massiv einzudämmen. Hierbei kam uns unsere 1982 begonnene Feron-Forschung zugute. Ferone sind Proteine mit immunstimulierender antiviraler Wirkung. Bestärkt wurden wir zudem durch die Erkenntnisse aus unserer Molekularforschung bei Arthritis. Auch bei dieser Krankheit treten Zytokinstürme im Verlauf von Entzündungen auf. Dieser Spur

gingen wir nach und kombinierten unsere inzwischen vier Interferon-Präparate. Besonders erfolgreich war das Medikament Jusvinza, eigentlich entwickelt zur Behandlung rheumatischer Arthritis und bei hohen Entzündungswerten. Verabreicht an Patient*innen mit schwerem COVID-Verlauf, zeigten sich rasch deutliche Abschwellungen der Lunge und eine verbesserte Genesungsrate von bis zu 85 Prozent. Teilweise konnten fortgeschrittene, bereits intubierte COVID-Patienten mit akut geschwächtem Immunsystem binnen 48 Stunden die Intensivstation wieder verlassen. Während in den USA und Europa rund 80 Prozent dieser schweren Fälle starben, waren es in Kuba dank unserer Behandlung nur 15 Prozent. Mehr als eine Million Mal wurde Nasalferon gefährdeten Personen und Erkrankten mit leichten Symptomen gegeben, mit ähnlichen Genesungserfolgen. All diese Erkenntnisse belegen, dass die Biotechnologie in Kuba in Forschung und Entwicklung eine große Reife erreicht hat. Der Schlüssel dazu ist immer der politische Wille gewesen“, betont er.

Dennoch war es ein großer Schritt bis zur Entwicklung eigener Impfstoffe gegen SARS-CoV-2. Manuel Raíces erklärt uns die Unterschiede im Aufbau der weltweit produzierten Vakzine. Die mRNA-basierten Impfstoffe von Pfizer und Moderna sind zwar sehr komplex und schwierig zu kopieren, was den Konzernn Profitgarantien gibt. Doch sie erfordern eine sorgfältige Kühlung aufgrund ihres sensiblen Aufbaus. Insofern eignen sie sich eher für die Verabreichung in den entwickelten Ländern des Nordens, nicht aber in Afrika oder Mittelamerika. „Aber da lassen sich ohnehin keine Profite erzielen“, kommentiert unser Gastgeber. Die kubanischen Impfstoffe funktionieren auf einer Hefelösung und ohne genetische Zellveränderungen. Damit sind sie sehr sicher. Seit 1980 gibt es Erfahrungen in Kuba mit auf Hefe basierenden Impfstoffen. Zudem benötigen sie keine so starke Kühlung und sind damit für tropische Länder oder auch bei wenig entwickelter Infrastruktur einsetzbar. Die kubanischen Vakzine heißen Soberana 01, Soberana 02 und Soberana Plus sowie Abdala. Abdala hat bei einem dreifachen Impfschema eine Wirksamkeit von 92,28 Prozent erreicht, die Kombination von zwei Dosen Soberana 02 und einer Dosis Soberana Plus 91,2 Prozent. Ein weiteres Vakzin ist Mambisa, der erste nasal zu verabreichende Impfstoff der Welt für Genesene und als Booster. Seine Sicherheit und Immunogenität sind belegt: Mambisa erhöhte die Hemmwirkung gegen das Virus sowohl systemisch als auch in der Nasenschleimhaut um mehr als 20 Prozent.



Foto: Cuba sí

Das Nationale Zentrum für Wissenschaftliche Forschung (CNIC) wurde 1965 von Fidel Castro als erstes Forschungszentrum nach dem Sieg der Revolution 1959 gegründet. Es bildet den Ursprung der heutigen Wissenschaftsstadt Coronela im Westen Havannas. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich das CIGB, das Finlay-Institut, das Zentrum für Neurowissenschaften und das Zentrum für pharmazeutische Chemie.

Manuel Raíces ist sich sicher, dass die Präparate nach Abschluss der nationalen Impfkampagne und erfolgter WHO-Zulassung ein attraktiver Bestandteil der im kubanischen Gesundheitstourismus angebotenen Leistungen werden. Und er informiert uns über weitere Meilensteine der Medizinforschung: „Unser Hepatitis B-Medikament wird seit 1992 verabreicht, seither haben wir so gut wie keine Fälle mehr. Mit unserem Heberferon können wir 66 Prozent Hautkrebspatient*innen heilen. Blutgerinnsel im Kopf stellen ein erhebliches Risiko für einen Hirnschlag dar, der in vielen Fällen zum Tode führt. Wir haben ein zu injizierendes Präparat entwickelt, das die Sterberate auf 10 Prozent senkt und bei mehr als der Hälfte der Patient*innen, die einen Hirnschlag erleiden, keine bleibenden Schäden verursacht. Uns liegt sehr daran, unsere Ergebnisse mitzuteilen, damit die Krankheiten weltweit geheilt werden können. So arbeiten international weitere Forschungsgruppen am Hirnschlag-Thema. Doch anstatt sich über das gewon-

nene Wissen zu freuen und die Erfahrungen auszutauschen, werden wir als Konkurrenten angesehen, nicht als Kollegen“, beschreibt er den Wettbewerbscharakter und die Gewinnorientierung, wenn es doch eigentlich um den Dienst an der Wissenschaft zum Wohle der Menschheit gehen müsste. Hinzu komme die Medienblockade. „Wir wollen internationale Kongresse nutzen, um über unsere Forschung zu informieren, aber auch in den fachlichen Austausch zu treten. Doch immer wieder werden wir daran gehindert, weil uns durch die US-Blockade entweder Visa verweigert werden oder wir uns bei Online-Tagungen in bestimmte Videokonferenzsoftware wie Zoom nicht einwählen können.“

Wie wirkt sich bei einem so sensiblen Forschungsbereich die US-Blockade außerdem aus? „Das ist ein bedrückendes Thema. Die durch die USA angedrohten Sanktionen für unsere Handelspartner und die Listung Kubas als angeblich den internationalen Terrorismus fördernder Staat führen dazu, dass sich

einige aus dem Geschäft mit Kuba zurückziehen, weil sie fürchten, ihren Zugang zum US-Markt zu verlieren. Dadurch verringert sich unser Spielraum beim Bezug von Rohstoffen und Ausrüstung“, verdeutlicht der Biologe. „Die Blockade ist auch ein psychologischer Krieg. Unsere Forschung zur Behandlung von Krankheiten wird behindert und damit auch die Versorgung von Patient*innen, die dringend auf wirksame Medikamente angewiesen sind. Ein anderes Beispiel sind Patente. In Kuba sind aktuell 768 Patente eingereicht, von denen 75 bestätigt sind. Doch wir können sie durch die Blockade nicht in den USA und anderen Ländern vermarkten. Kranke erhalten möglicherweise so nicht die für ihre Behandlung benötigten Präparate, und das macht mich als Wissenschaftler und Humanist sehr traurig.“ Wir sind uns einig, dass der Solibewegung weiterhin die wichtige Aufgabe zukommt, über die Erfolge der kubanischen Medizinforschung aufzuklären und die Informationsblockade zu durchbrechen.

„Unsere Vakzine sind Botschafter unseres Landes“

Ende April 2022 wurde zwischen der schweizerisch-italienischen Firma Adienne Pharma & Biotech S.A., der italienischen Agentur für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Kuba und dem Finlay-Institut (IF) für Impfstoffforschung in Havanna eine Vereinbarung unterzeichnet zur Einrichtung einer Produktionslinie für Soberana 02 in Italien.

Die erste Phase der Kooperation umfasst die Herstellung, Abfüllung und Verpackung der Soberana-Impfdosen. Später ist beabsichtigt, weitere Pharmazeutika aus dem IF-Portfolio herzustellen. „Die Vereinbarung ist eine wichtige Anerkennung für diesen Impfstoff“, so Vicente Vérez Bencomo, Direktor des IF. Der Präsident von Adienne Pharma, Dr. Antonio Francesco Di Naro, plant bereits, Soberana 02 in andere europäische Länder und nach Afrika zu exportieren aufgrund der nachgewiesenen Wirksamkeit bei Kindern.

„Diese Anerkennung kann uns helfen, neue Märkte mit sehr hohen Qualitätsstandards wie Europa und Nordamerika zu erschließen und bedeutet einen nächsten wichtigen Schritt für die Anerkennung bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als international zugelassener Impfstoff. Eine Zulassung für Italien ist damit jedoch nicht verbunden“, erläutert Dagmar García Rivera, die Leiterin der Forschungsabteilung im IF. „Soberana 02 wurde speziell für die Impfung gegen COVID-19 für Kinder von zwei bis fünf Jahren entwickelt und zeigt Studien zufolge einen hohen Schutz und kaum Nebenwirkungen. Die notwendige Dokumentation mit Studien zur Immunogenität und Wirksamkeit liegt vor. Zudem sind die Produktionskosten gering und Soberana stellt keine besonderen Logistik-Anforderungen für die Lagerung und den Transport, was den

Impfstoff für viele Länder zugänglich machen könnte.“

Bisher ist Soberana 02 von der WHO noch nicht zugelassen worden. Die Anträge liegen dort seit Anfang 2022 vor, für drei weitere kubanische Corona-Vakzine bereits seit September 2021. Mit der Produktion in Italien könnten die Chancen auf eine baldige internationale Zulassung steigen. Warum gerade Italien? Das jüngste Abkommen ist ein weiterer Schritt in der Zusammenarbeit beider Länder in der Corona-Pandemie. Sie begann im März 2020, als kubanische Medizinbrigaden in Turin und der Lombardei Hilfe beim Kampf gegen die Pandemie leisteten. Die spätere Beobachtungsstudie „Soberana Plus-Turin“ untersuchte in Italien die Wirksamkeit des Vakzins Soberana Plus als Booster bei Italiener*innen im Alter von 19 bis 59 Jahren, die entweder genesen waren oder bereits einen anderen Impfstoff erhalten hatten.

Kubanische Impfstoffe sind seit 2021 in mehreren lateinamerikanischen Ländern zugelassen, ebenso im Iran und in Vietnam. Im Iran werden Impfdosen mit dem kubanischen Wirkstoff produziert, weitere Kooperationen bestehen mit China, Argentinien und Venezuela. „Da sich COVID-19 zu einer Endemie entwickeln wird, sehen wir sehr viel Potenzial für die Herstellung und Vermarktung unserer Vakzine in weiteren Ländern in en-

ger Zusammenarbeit mit der WHO, Unicef, Institutionen der UNO und NGOs. Denn alle Länder müssen Impfstoffe haben“, blickt Ricardo López, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im IF, voraus. „So wollen wir über unsere ‚Wissenschaftsdiplomatie‘ die öffentliche Wahrnehmung Kubas als führender Biotechnologiestandort stärken.“ Die dafür erforderlichen Standards zu erreichen, sei angesichts der Blockade und knapper Ressourcen schwierig. „Hier benötigen wir die Unterstützung der internationalen Solibewegung und solidarischer Unternehmen, denn der Staat kann die dafür notwendigen Investitionen nicht allein stemmen. Deshalb freuen wir uns sehr über die Kooperation mit Italien; die Impulse hierfür gab die italienische Solibewegung.“

Miriam Näther,

Quellen beider Beiträge: Ärzteblatt, amerika21, CIGB, Juventud Rebelde, MINSAP, kubanische Regierung, Wikipedia



Die Cuba sí-Delegation beim Besuch im Finlay-Institut für Impfstoffforschung. Der Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Ricardo Pérez (1.v.l.), dankte Cuba sí für die wertvollen Sachspenden, u.a. Schutzausrüstung und mehrere Hundert Fahrräder, die die Arbeitsbedingungen der über 800 Mitarbeiter*innen verbessern.



El Código de las Familias – das Familiengesetzbuch

Mit Inkrafttreten der neuen Verfassung 2019 wurde die Aktualisierung zahlreicher anderer Gesetze notwendig – so auch des Familiengesetzes. Es stammt aus dem Jahr 1975 und bildet die heutigen sozialen Verhältnisse nur noch unzureichend ab.

Der finale Entwurf wurde im Dezember 2021 der Nationalversammlung vorgelegt und am 12. Januar 2022 in der *Gaceta oficial* (Amtsblatt) veröffentlicht. Er umfasst 156 Seiten mit 471 Artikeln. Als gedruckte Broschüre wurde der Text in mehr als 500 000 Exemplaren für wenige Peso verkauft und kann auch im Internet heruntergeladen werden.

Vom 1. Februar bis 30. April 2022 schloss sich eine breite Debatte in Stadtvierteln, Betrieben, Universitäten und in den Massenorganisationen an. Ausdrücklich zur Mitwirkung aufgerufen waren auch im Ausland lebende Kubaner*innen. Bis Ende April fanden mehr als 79 000 Veranstaltungen mit rund 6,5 Mio. Teilnehmern statt; bis zum 21. März 2022 waren 225 000 Änderungsvorschläge eingegangen. Im September 2022 ist eine Volksabstimmung geplant, bevor der überarbeitete Entwurf durch die Nationalversammlung als neues Familiengesetzbuch bestätigt wird.

Der Meinungsbildungsprozess wurde begleitet von Fernsehspots, Artikeln, Videos und Podcasts, Diskussionsrunden – auch mit internationalen Experten – und Interviews von Menschen auf den Straßen und Plätzen; die Tageszeitung *Granma* lobte einen Wettbewerb „Familiengeschichten“ aus.

So breit angelegt, spiegelt er die zutiefst demokratische Herangehensweise der kubanischen Regierung wider. Dennoch wird er in der Medienkampagne gegen Kuba diskreditiert: Da die Reform von staatlicher Seite initiiert ist, könne sie per se nicht demokratisch sein.

Tatsächlich finden bestimmte Inhalte des neuen Gesetzeswerks nicht in allen Teilen der Gesellschaft Zustimmung. Vorbehalte gibt es aus den Kirchen und evangelikalen Gruppen gegen dieses „modernste Instrument seiner Art (...), nicht nur wegen der darin verankerten Grundsätze, sondern auch wegen der vollständigen Gleichstellung von Männern und Frauen“, so Dr. Maria Berenice Díaz, Vizepräsidentin des brasilianischen Instituts für Familienrecht.

Als zentrale Familienwerte definiert das kubanische Gesetz Liebe, Zuneigung, Solidarität und Verantwortung. Wesentliche Inhalte der

elf Titel sind u.a. Elternschaft und Unterhaltsverpflichtung, Diskriminierungen und Gewalt in der Familie, elterliche Beziehungen und Ehe, Fürsorge und Schutz im familiären Umfeld, die ältere Generation und Behinderte im soziefamiliären Umfeld sowie auf die Familie bezogene internationale rechtliche Normen. In diesem Zusammenhang: Kuba ist der UN-Konvention über die Rechte des Kindes von 1989 bereits im Jahre 1990 beigetreten; die USA haben sie bis heute nicht ratifiziert.

Veränderte familiäre Vielfalt

Wesentliches Anliegen der Reform ist es, die veränderte Vielfalt der realen familiären Beziehungen in Kuba rechtlich abzubilden und zu regeln: So sind viele Eltern nicht mehr miteinander verheiratet und Verbindungen halten nicht immer ein Leben lang. Manche Väter entziehen sich den Unterhaltsverpflichtungen, es gibt viele Patchwork-Familien und einen relativ hohen Prozentsatz sehr junger Mütter. Die Erziehungs- und Hausarbeit ist oft Sache der Frau, doch mitunter wird sie Aufgabe der Großeltern, da die Eltern berufstätig oder im Ausland sind. Bei zunehmender Alterung der Gesellschaft sinkt die Geburtenrate, auch stößt die Betreuung von älteren Menschen oder Behinderten im familiären Rahmen an Grenzen. Für Gewalterfahrungen und Vernachlässigung in der Familie gibt es klare staatliche Instrumente.

In der gesellschaftlichen Debatte wurde deutlich, dass die Familie und ihr Zusammenhalt eine große Bedeutung haben und damit Themen wie Eheschließung, Adoption, Familienname, elterliche Verantwortung, solidarische Schwangerschaft und Diskriminierung im Familienbereich.

Der neue Begriff „elterliche Verantwortung“ ersetzt den alten Begriff „elterliche Gewalt“. Im Art. 132 definiert er sich als „die Gesamtheit der Befugnisse, Pflichten und Rechte, die Müttern und Vätern bei der Erfüllung ihrer Aufgabe der Beistandspflicht, der

Erziehung und der Pflege ihrer minderjährigen Kinder zustehen (...), die sie stets zu ihrem Wohl und unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten, ihrer fortschreitenden Selbständigkeit, der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihres Reifegrades ausüben.“

Fortschrittlich ist der Art. 128, der eine „solidarische Schwangerschaft“ ermöglicht bei Paaren, die aus gesundheitlichen Gründen kein Kind bekommen können. Damit ist nicht etwa eine Leihmutterschaft mit Vergütung jeder Art zugelassen. Eine richterliche Genehmigung ist erforderlich.

Auch hinsichtlich der gleichgeschlechtlichen Ehe gibt es große Veränderungen: Sie soll mit dem neuen Gesetz zugelassen werden einschließlich der Möglichkeit, Kinder zu adoptieren. Das Thema bleibt kontrovers: Während die Kirchen sich dagegen aussprechen, werben die Zivilgesellschaft und die Aktivist*innen der LGBTIQ-Bewegung dafür.

In Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel haben sie einen Fürsprecher: „(...) Weiteren Personen und Gruppen sollen Rechte gewährt werden. Es geht um einen emanzipatorischen gesellschaftlichen Lernprozess. Es ist ein Gesetzbuch der Pluralität, das alle Familien, alle Arten von Familien, die es in Kuba gibt, und die Probleme, die mit ihrer Entwicklung verbunden sind, anerkennt.“

Der Gesetzentwurf beinhaltet zudem einen verstärkten Schutz von Älteren, Menschen mit Behinderung und Opfern häuslicher Gewalt. Darüber hinaus wird die Bedeutung der Großeltern für die Vermittlung von Traditionen, Kultur und Werten anerkannt.

Wiederkehrende Begriffe wie Gleichheit, Nichtdiskriminierung und Menschenwürde, Respekt und Gleichberechtigung, Autonomie, Freiheit und Solidarität sowie Integration und Vielfalt unterstreichen den fortschrittlichen Charakter dieser Gesetzesnovelle. Man darf gespannt sein auf den Ausgang des Referendums.

Angelika Becker



Die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Familienbereich waren eines der meistdiskutierten Themen der Volksbefragung.

Foto: Enrique González Díaz
Quelle der Fotos: juventudrebelde.cu



Die Mitarbeiter*innen der Volksbefragung tauschen sich mit einem Mitglied des Nationalen Wahlrats über ihre Erfahrungen aus.

Foto: Santiago Jerez

Cuba sí info

Information der AG Cuba sí in der Partei DIE LINKE

23. Juli 2022

Für eine einige, starke und internationalistische LINKE!

Aufruf der AG Cuba sí

Wir als Cuba sí machen uns große Sorgen um die Zukunft unserer Partei. In einer Zeit, in der die soziale Ungleichheit größer wird, der Klimawandel fortschreitet und Europa wieder zum Kriegsschauplatz geworden ist, brauchen wir die LINKE als „internationalistische Friedenspartei“, als eine Partei, die sich für eine Gesellschaft einsetzt, „in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben können“. (Erfurter Programm der LINKEN, 2011). Und sie muss die Partei bleiben, die – wie bei ihrer Gründung 2007 betont – die Systemfrage stellt.

Wir rufen die Mitglieder unserer Partei auf, sich – trotz aller Differenzen – für die Einheit und die Stärkung der LINKEN einzusetzen. Es geht um nichts Geringeres als um das Überleben unserer Partei als sozialistische Partei. Wenn es uns nicht gelingt, die Einheit der Partei zu wahren, wird es auf unabsehbare Zeit keine linke Partei mehr im Deutschen Bundestag geben. Das Scheitern unserer Partei hätte zudem fatale Auswirkungen auf die Partei der Europäischen Linken sowie auf andere linke Parteien.

Das katastrophale Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2021 hat die existenzielle Krise der LINKEN deutlich gemacht. DIE LINKE wird wahrgenommen als eine Partei im Streit, als eine Partei, der man die Lösung wichtiger gesellschaftlicher Herausforderungen nicht zutraut. Viele in unserem Land vermissen DIE LINKE vor Ort. Oft werden wir als „etablierte“ Partei gesehen, als Partei, die für eine Regierungsbeteiligung zu kompromissbereit ist und die ihre Versprechen nicht einlöst. Auch hält sich unsere Partei oft zurück mit einer klaren Positionierung bei kontrovers diskutierten Fragen, um in den Medien und bei möglichen Wählern nicht anzuecken. Wir sehen zudem mit großer Sorge, dass einige Genossinnen und Genossen unserer Partei ihre unterschiedlichen Positionen nicht intern diskutieren, sondern über die Medien verbreiten. Besorgniserregend sind auch die immer wiederkehrenden Versuche einiger Genossinnen und Genossen, Grundpositionen unseres Parteiprogramms öffentlich in Frage zu stellen. Ein weiterer Tiefpunkt in dieser existenziellen Krise

der LINKEN ist der Umgang mit dem Ältestenrat der Partei und seinem langjährigen Vorsitzenden Hans Modrow. Es ist gefährlich für die innerparteiliche Demokratie, wenn das bloße Aufwerfen von Fragen zur Abberufung eines Parteigremiums führt.

Im Bundestagswahlkampf 2021 hat DIE LINKE mit der SPD in der Sozialpolitik und mit den Grünen in der Umweltpolitik konkurriert – und dabei immer auch auf eine mögliche rot-rot-grüne Koalition gehofft.

Obwohl die sozialpolitischen und ökologischen Forderungen unserer Partei viel weitreichender waren, haben uns die Menschen nicht gewählt! Besonders dramatisch war der Einbruch der Wählerstimmen bei den Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten. Sie aber haben DIE LINKE früher stark gemacht. Wenn unsere Partei bei diesen Bevölkerungsschichten nicht als die Partei wahrgenommen wird, die Antworten für ihre Alltagsprobleme hat, findet auch unsere Forderung nach einer „sozialökologischen Transformation“ bei ihnen kein Gehör. Der Charakter der LINKEN als sozialistische

Partei, die sich um die „kleinen Leute“ in Ost und West kümmert, verblasst. Auch haben wir im Bundestagswahlkampf unser Alleinstellungsmerkmal Friedenspolitik vernachlässigt. Mit dem Scheitern der NATO in Afghanistan hätten die friedenspolitischen Positionen der LINKEN bei der Wahlentscheidung der Menschen aber an Überzeugungskraft gewinnen können. Dass die politischen Verantwortlichen unserer Partei aus der Wahlniederlage nichts gelernt haben, zeigt auch die Tatsache, dass beim Jahresauftakt der LINKEN im Januar 2022 das Thema „sozialökologische Transformation“ im Vordergrund stand.

DIE LINKE muss ihre Krise überwinden und wieder zu strategischer Klarheit zurückfinden. Wir müssen diese lähmende Defensive und diese existenzbedrohende Streiterei umgehend beenden. Und wir haben dafür nur wenig Zeit! Das katastrophale Wahlergebnis im Saarland war ein weiterer klarer Beleg für den Krisenzustand der LINKEN. Eine kriselnde LINKE ist aber keine Motivation für die Menschen, uns zu wählen. Auch ist es möglich, dass die Ampelkoalition aufgrund teils unterschiedlicher Posi-



Bundestreffen von Cuba sí in Naumburg im April 2022

Foto: Wolfgang Frotscher, Cuba sí Frankfurt (Oder)

tionen nicht vier Jahre hält und der nächste Bundestagswahlkampf schneller kommt als gedacht.

Um aus dem gegenwärtigen Tief herauszukommen, brauchen wir sehr schnell die von vielen Mitgliedern geforderte „schonungslose Analyse“. Des Weiteren brauchen wir die Einsicht und Akzeptanz aller Genossinnen und Genossen, dass das Erfurter Parteiprogramm die Grundlage unseres gemeinsamen Handelns ist – und bleiben muss! In den vergangenen Jahren aber war zu beobachten, dass sich DIE LINKE von grundlegenden Positionen des Erfurter Programms entfernt. Eine Umkehr ist nötig! Und dafür sind nach unserer Auffassung viele klärende Aussprachen und Diskussionen notwendig. Gegenwärtig aber verharrt DIE LINKE in einem „Weiter-wie-bisher-Modus“. Von ehrlicher Aufarbeitung, Neuanfang oder gar persönlichen Konsequenzen – keine Spur.

Wir leben in einer Zeit sich zuspitzender innerkapitalistischer Widersprüche, in der die Akzeptanz des Krieges als Mittel der Politik nach wie vor sehr verbreitet ist. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts, und Russland gehört zu jenen Ländern, die Krieg als Mittel der Politik akzeptieren. Als LINKE dürfen wir aber nicht dem Irrtum erliegen, die NATO jetzt zu einem Demokratie- und Friedensbündnis erklären zu wollen. Wir müssen auch konstatieren, dass unser Land durch Waffenlieferungen an die Ukraine sowie durch die Verhängung weitreichender Wirtschaftssanktionen selbst Kriegspartei geworden ist – mit allen negativen Folgen für die Bevölkerung und den unabsehbaren Konsequenzen für die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen. Wir dürfen in der gegenwärtigen Situation ebenso wenig verdrängen, dass die USA und ihre NATO-Verbündeten unter anderem für die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak verantwortlich waren.

Wir brauchen nicht noch mehr Soldaten, Kriegsgerät und Militärmäner an den Grenzen zu Russland, wir brauchen keine hochgerüstete Bundeswehr, keine NATO und keine ausländischen Militärbasen. Wir wollen keine weitere Militarisierung der Gesellschaft, kein neues Wettrüsten und keinen neuen Kalten Krieg. Für unsere Partei DIE LINKE muss Frieden das oberste Gebot bleiben – nie waren die friedenspolitischen Forderungen unseres Parteiprogramms so aktuell, so wichtig und so notwendig wie heute. Als im Bundestag vertretene Partei kann DIE LINKE Einfluss nehmen, wie eine Nachkriegsordnung in Europa aussehen könnte – ob es ein friedliches Europa mit einem „kollektiven Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“ geben wird.

Es wäre deshalb fatal, wenn DIE LINKE ihre friedenspolitischen Positionen, wie sie im Erfurter Parteiprogramm formuliert sind und wie sie viele Jahre praktiziert wurden, jetzt verwässern oder aufgeben würde. Es wäre fatal für die Politikentwicklung in unserem Land und in der EU, es wäre ein fatales Signal für befreundete Parteien und Organisationen – und es wäre fatal für die Einheit der LINKEN und für die eigene Existenz als Partei.

Wir in der Partei DIE LINKE und alle, die der Partei nahestehen, sind verpflichtet, konsequent die friedenspolitischen Positionen der LINKEN zu verteidigen – auch in Wahlkämpfen und vielleicht sogar besonders dann, wenn Friedens- und Abrüstungspolitik nicht zu den Mainstream-Themen gehören. Und wir müssen viel deutlicher und offensiver klarmachen, dass unser Einsatz für den Frieden untrennbar mit anderen Politikfeldern zusammenhängt – so auch mit dem wichtigen Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine saubere Umwelt. Ein atomarer Weltkrieg, den viele Menschen fürchten, würde auch hier in Europa unzählige Men-

schenleben fordern, Menschen in Armut und Obdachlosigkeit stürzen sowie unglaubliche Zerstörungen der Umwelt bedeuten.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten müssen wir wieder den Mut haben, Imperialismus und Nationalismus als die Hauptursachen von Kriegen zu benennen sowie die Kriegstreiber und die Profiteure von Kriegen zu entlarven und zu bekämpfen. Wir müssen offensiv und klar die gesellschaftlichen Verhältnisse analysieren, die Kriege hervorbringen, und wir sind verpflichtet aktiv beizutragen, Kriegsursachen zu beseitigen. Wir müssen endlich wieder den Mut haben, die Systemfrage zu stellen.

Neben der Bewahrung und Stärkung eigener Positionen muss DIE LINKE noch viel mehr die Verbindung zu den Gewerkschaften – und somit zu den Lohnabhängigen, den prekär Beschäftigten und den Erwerbslosen –, zur Friedensbewegung und zu den vielen sozialen und ökologischen Initiativen, Bewegungen, Organisationen in unserem Land suchen. Als Bundestagspartei haben wir das Potenzial, eine starke linke Bewegung in unserem Land zu formen, die dann durch DIE LINKE auch in den Parlamenten präsent sein kann. Für uns als AG Cuba sí bedeutet linke

Politik darüber hinaus auch die Unterstützung all jener Bewegungen, Parteien und Regierungen, die weltweit für Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität, sozialen Fortschritt, für eine gerechte, solidarische Weltwirtschaftsordnung und für den Schutz der natürlichen Ressourcen kämpfen. Diese fortschrittlichen Kräfte brauchen unsere Solidarität in ihrem antiimperialistischen Kampf – und wir brauchen sie für den gemeinsamen Kampf für eine bessere Welt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir als Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba sí möchten in diesem

Aufruf auf das Beispiel Kuba verweisen: Die kubanische Revolution hat nach dem Sieg 1959 die verschiedenen revolutionären Kräfte zu einer starken Partei zusammengeführt. Kuba konnte sich trotz der jahrzehntelangen US-Blockade erfolgreich entwickeln, weil die Kommunistische Partei Kubas ein klares Programm mit festen Prinzipien hat. Bis heute hat sich die kubanische Revolution gegen alle Anfeindungen und Angriffe verteidigen und behaupten können, weil sie die Fähigkeit entwickelt hat, auf Herausforderungen mit pragmatischen Lösungen zu reagieren – ohne dabei ihre Prinzipien aufzugeben!

Liebe Genossinnen und Genossen, die LINKE wird als sozialistische, als systemüberwindende Kraft gebraucht! Wir stehen in der Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, und wir alle – von der Parteispitze bis zur Basis – müssen auch heute wieder viel stärker diejenigen sein, die sich für die arbeitenden Menschen sowie für diejenigen einsetzen, die in dieser kapitalistischen Gesellschaft am meisten benachteiligt werden. Wir haben uns im Jahr 2011 für unseren politischen Kampf in gemeinsamer Diskussion ein starkes Parteiprogramm gegeben. Dieses Erfurter Programm unterscheidet uns elementar von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Geben wir dieses Programm und das dort formulierte Ziel der Errichtung eines anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems – des demokratischen Sozialismus – auf, geben wir DIE LINKE auf.

Wir, die AG Cuba sí, rufen alle Genossinnen und Genossen auf: Setzen wir uns gemeinsam auf der Grundlage des Erfurter Parteiprogrammes für eine einig, starke und internationalistische Partei DIE LINKE ein – stark auf der Straße und stark in den Parlamenten!



Naumburg im Zeichen von Ché: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Foto: Wolfgang Frotscher

Beschlossen auf dem Bundestreffen der AG Cuba sí
in Naumburg am 10. April 2022

Zwischen Hoffnung und Enttäuschung

Die sicherlich positivste Nachricht vom Parteitag der LINKEN aus Erfurt ist das Ausbleiben des großen Knalls. Viel wurde im Vorfeld spekuliert und bereits das Ende der LINKEN vorausgesagt. Dieses Szenario ist nicht eingetreten, allerdings wurden einige politische Entscheidungen getroffen, die die bisherigen friedenspolitischen Grundsätze der LINKEN in Frage stellen. Unabhängig von dieser Problematik sind die Ergebnisse des Parteitages für Cuba sí und damit auch für Kuba jedoch fast durchweg positiv.

Zu jedem Parteitag stellt Cuba sí einen eigenen Antrag, um ein Zeichen zu senden an die Gesellschaft, dass die Solidarität mit Kuba auch weiterhin elementarer Bestandteil unserer politischen Agenda ist. Auch wollen wir mit unseren Parteitagsinitiativen den Mitgliedern der Partei, die unsere Solidaritätsarbeit unterstützen, eine Stimme geben.

allen Bewegungen, Organisationen, progressiven Parteien, Regierungen, Staaten und Klassenkämpfen von unten, die sich für Frieden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, solidarische Wirtschaftsbeziehungen und gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Armut und die Ausbeutung von Menschen und Natur einsetzen und versuchen, in ihren Ländern Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln.“

Neben diesem wichtigen politischen Erfolg bewertet Cuba sí auch weitere Entscheidungen des Parteitages positiv optimistisch. So ist die Wahl von Martin Schirdewan zum Parteivorsitzenden eine gute Nachricht. Martin bereiste als Leiter einer Delegation des Europaparlamentes im Frühjahr diesen Jahres Kuba und traf sich dort auch mit dem kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel. Auch freuen wir uns auf die Zusammenar-



Herzlich begrüßte Gäste am Stand von Cuba sí: Die wiedergewählte Vorsitzende Janine Wissler (linkes Bild) und der neu gewählte Parteivorsitzende Martin Schirdewan (rechts).

Fotos: Steffen Niese

Auch zur 1. Tagung des 8. Parteitages, der vom 24. bis 26. Juni 2022 in Erfurt stattfand, haben wir einen eigenen Antrag mit dem Titel „DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution“ sowie zwei Änderungsanträge zu dem Leitantrag 03 „Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität“ eingebracht. Unser Hauptantrag zu Kuba wurde aufgrund des schon gewohnten Zeitmangels auf Empfehlung der Antragskommission an den Parteivorstand überwiesen. In unseren Änderungsanträgen haben wir die Aufrechterhaltung unseres Grundsatzes zur Solidarität mit linken Parteien, Regierungen und Staaten eingefordert. Diese Initiative war eine Reaktion auf den Leitantrag L03 des Parteivorstandes, laut dem politische Solidarität lediglich für Menschen und Bewegungen, nicht aber für progressive Regierungen gelten sollte. Diese Einschätzung halten wir nicht nur für falsch, sondern sehen in ihr auch eine große Gefahr für eine internationalistische Partei sowie für die Fortführung unserer Solidaritätsarbeit mit Kuba. Diese Widersprüchlichkeit im Leitantrag ist durch unseren Antrag und das konsequente Festhalten an ihm letztlich auch vom Parteivorstand erkannt worden. Dieser hat auf seiner letzten Sitzung unmittelbar vor dem Parteitag entschieden, unsere beiden Änderungsanträge zum Leitantrag 03 vollständig zu übernehmen! Dort heißt es nun:

„Im Zentrum der internationalistischen Solidarität der LINKEN stehen der Mensch und die Würde des Menschen. DIE LINKE ist solidarisch mit

beit mit dem neugewählten Bundesgeschäftsführer Tobias Bank. Wir beglückwünschen Janine Wissler und Harald Wolf zu ihrer Wiederwahl als Parteivorsitzende bzw. Bundesschatzmeister und freuen uns auf eine gemeinsame und solidarische Arbeit mit ihnen sowie den neugewählten und wiedergewählten Mitgliedern des Parteivorstandes.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass wir als Cuba sí auch wieder mit einem Informationsstand sowie unserer beliebten Nassstrecke mit Mojitos und Cuba libre vor Ort waren. Dabei boten sich gute Gelegenheiten zum Austausch, zum Kennenlernen sowie zu persönlichen Gesprächen. Begrüßen konnten wir an unserem Stand unter anderem die Europaabgeordnete Özlem Demirel, die Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Amira Mohamed Ali, die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan, den Bundesgeschäftsführer Tobias Bank sowie viele weitere Freundinnen und Freunde Kubas.

Trotz allem Grund zum Optimismus für eine Fortsetzung der Kubasolidarität muss jedoch auch gesagt werden, dass die Partei DIE LINKE noch immer nicht in ruhigen Fahrwassern ist. So haben die teils emotionalen Debatten über den Umgang mit sexualisierter Gewalt, die Kontroverse über die Friedenspolitik sowie die Wahlen gezeigt, dass die Parteitagsdelegierten teilweise grundsätzlich verschiedene Auffassungen vertreten. Gerade deshalb sollten wir uns als Cuba sí mehr denn je für die Einheit der Partei auf Grundlage des gültigen Parteiprogrammes einsetzen und uns immer bewusst sein, dass die Einheit der revolutionären Kräfte in Kuba die Grundlage für den Sieg der Revolution war.

DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution

Beschluss des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE vom 9. Juli 2022

Auch wenn die Biden-Regierung jüngst einige Lockerungen in ihrer Cuba-Politik vornahm, ändert das wenig an der grundsätzlichen Ausrichtung. Selbst während der Corona-Pandemie wurde die durch den ehemaligen US-Präsidenten Trump weiter verschärfte Blockade gegen Kuba unvermindert fortgeführt. Somit wurde auch die Bekämpfung der Pandemie in Kuba erheblich erschwert. Diese Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Kubanische Revolution zu zerstören, kostet Menschenleben. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir die seit nunmehr über 60 Jahre bestehende völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade der USA gegen das sozialistische Kuba. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich bei der US-Regierung für die sofortige, vollständige und bedingungslose Beendigung dieses Wirtschaftskrieges einsetzt. Wir bitten die Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Maßnahmen zu ergreifen, um auch die von den extraterritorialen Blockademaßnahmen der USA betroffenen deutschen und europäischen Unternehmen gemäß der EU-Blocking-Regulation von 1996 zu schützen.

Angesichts der Verschärfung der US-Blockade kommt dem „Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit“ der Europäischen Union mit Kuba aus dem Jahr 2016 eine besondere Bedeutung zu. Um dieses Abkommen wirkungsvoll umzusetzen und mit Leben zu füllen, ist es erforderlich, dass alle Mitgliedsstaaten der EU das Abkommen unterzeichnen. Litauen hat dies als einziger EU-Mitgliedstaat noch nicht getan. Wir als LINKE weisen alle Versuche der rechten Kräfte im EU-Parlament zurück, dieses Abkommen in Frage zu stellen, und fordern unsere Abgeordneten im EU-Parlament auf, sich dem entschieden entgegenzustellen und sich für die vollständige Ratifizierung dieses Abkommens einzusetzen.

Trotz der US-Blockade hat Kuba die Corona-Pandemie besser überstanden als jedes andere Land Lateinamerikas. Dies war möglich durch die Entwicklung eigener Impfstoffe und durch ein staatliches, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtetes Gesundheitssystem. Kuba hat nicht nur seine eigene Bevölkerung geschützt, sondern auch weltweit internationalistische Hilfe geleistet. Besonders der Einsatz kubanischer Ärztinnen und Ärzte in Italien sowie die Kooperation zur Produktion kubanischer Impfstoffe in Italien sind beispielhaft. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Zulassung und Herstellung der kubanischen Vakzine in der gesamten EU einzusetzen sowie grundsätzlich eine Kooperation zwischen der EU und Kuba im Gesundheitsbereich zu ermöglichen.

Ungeachtet des weltweiten humanitären Engagements Kubas stuft die US-Regierung Kuba als Staat ein, der den Terrorismus unterstütze. Wir fordern von der Bundesregierung eine klare Abgrenzung von dieser Politik. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag wird bitten wir, dazu parlamentarische Initiativen entwickeln und einreichen.

Wir kritisieren die im Jahr 2020 getroffene Entscheidung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Einstellung der entwicklungspolitischen Kooperation mit Kuba und setzen uns für die Wiederaufnahme der bilateralen Zusammenarbeit mit Kuba ein.

Cuba sí und weitere Gliederungen der Partei DIE LINKE unterstützen die europaweite Kampagne Unblock Cuba.

Die Mitglieder des Parteivorstandes nehmen an der Fiesta de Solidaridad am 23. Juli teil, sofern sie nicht anderweitig verplant sind.

Beschluss des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE vom 9. Juli 2022



Der neue Bundesgeschäftsführer Tobias Bank (2. v. li.) und das Mitglied des neu gewählten Parteivorstandes Didem Aydurmus (li.) gemeinsam mit Claudia Gerathewohl und Steffen Niese von Cuba sí.

Foto: Cuba sí

Unterstützen Sie unsere Arbeit für Kuba:

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba sí,
IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADEBEXXX
Als Verwendungszweck bitte immer angeben:
„Kuba muss überleben“ oder „Milch für Kubas Kinder“.

Cuba sí
AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28
D-10178 Berlin
Tel.: (0 30) 24 009-455, -456, -457
berlin@cuba-si.org
www.cuba-si.org

Die Weitergabe dieser Information ist ausdrücklich erwünscht!

Erstes Projekt: „Medizin für Venezuela“

Im Gespräch mit Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) e.V. mit Sitz in Rostock

● Wie kam es zur Gründung des Vereins?

Nachdem ich Dr. Carolus Wimmer (Präsident des Komitees für Solidarität und Frieden COSI in Venezuela) 2008 bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm kennengelernt hatte und es seitdem mehrere Treffen mit ihm in Rostock gab, wollten wir die Solidarität zu Venezuela intensivieren. Ich suchte nach Organisationen, die sich mit Venezuela, aber auch mit allen anderen fortschrittlichen Kräften in Lateinamerika solidarisch erklärten. Es gibt mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Cuba sí u.a. Organisationen, die speziell Kuba solidarisch unterstützen. Mit Gleichgesinnten erarbeiteten wir dann unsere Satzung und so kam es, dass wir am Geburtstag von Simón Bolívar (Kämpfer für die Befreiung u.a. Venezuelas von der Kolonialmacht Spanien) am 24. Juli 2020 unseren Verein GeFIS gegründet haben.

● Worauf konzentriert Ihr Euch besonders?

Wie gesagt, es ist unsere Ausrichtung, alle fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas solidarisch zu unterstützen. Durch unsere bestehenden Kontakte und aufgrund unserer Informationen über die Situation in Venezuela haben wir mit der Solidaritätsaktion „Medizin für Venezuela“ ein erstes Projekt, welches erstmalig auf fünf Jahre ausgelegt ist, ins Leben gerufen. Gezielt unterstützen wir vor Ort kranke Menschen. Hier kann jeder hautnah die Solidarität spüren, das ist uns ganz wichtig. Wir konzentrieren uns aber auch auf Bildungsveranstaltungen in Venezuela und in Deutsch-

land, um so auch einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten.

● Du hast mehrere Reisen nach Venezuela unternommen. Nur aus touristischen Gründen?

In der Tat war ich einige Male in Venezuela. Jede Reise bleibt ein unvergessliches Erlebnis und das in vielerlei Hinsicht. Keine dieser Reisen fand aus touristischen Gründen statt, sondern sie hatten alle ein ganz konkretes Ziel.

Eine Reise diente der Teilnahme an einem internationalen Kongress, bei dem es um die internationale solidarische Zusammenarbeit ging.

Dann wurde ich zweimal als internationaler Wahlbeobachter vom Wahlrat CNE Venezuelas 2020 zu den Parlamentswahlen und 2021 zu den Gouverneurs- und Kommunalwahlen eingeladen. Eine weitere Reise diente der praktischen Umsetzung unserer Solidaritätsaktion, als wir unsere gespendeten Medikamente vor Ort in Venezuela übergeben haben. Zuerst und am meisten haben mich stets die Menschen beeindruckt.

● Wie ist die Lage in Venezuela heute?

Eigentlich würden zur Beantwortung dieser Frage zwei Worte genügen: sehr schlimm.

Diese kurze Erklärung wäre nicht ausreichend, um sichtbar zu machen, welches Ausmaß dieses völkerrechtswidrige Embargo der USA und ihrer Verbündeten (auch der BRD) in Venezuela, aber ebenso in Nicaragua und Kuba anrichtet.

Die Menschen müssen dort bitter leiden. Nur mal ein paar Fakten, die belegen, dass die USA mit ihren Verbündeten mit diesem Embargo seit 2017 die Mitschuld am Tod von über 40.000 Menschen trägt. Sie werden zu wehrlosen Opfern gemacht, ihr Leben ist täglich existenziell bedroht und die Souveränität des Landes wird mit Füßen getreten. Hier lässt sich sehr gut belegen, dass ohne Anwendung von Schusswaffen, Granaten und Raketen Menschen systematisch getötet werden. Man muss es klar sagen, das ist Völkermord, was die USA mit ihren Verbündeten dort tut. In den Barrios (Armenvierteln), wo auch einer unserer Freunde wohnt, fehlt es an Medikamenten in den von Hugo Chávez eingerichteten Ambulatorien. Auch mussten wegen des Embargos viele Firmen aufgeben, da es keinen Handel gibt. Selbst finanzielle Hilfen wie Spenden sind nicht möglich, weil über das Bezahlsystem SWIFT kein Geldtransfer dorthin möglich ist. Einige wenige können sich die finanzielle Unterstützung aus den Nachbarländern Kolumbien und Brasilien holen, was vielfach aber auch durch fehlendes Benzin unmöglich gemacht wird. Durch das fehlende Benzin ist es vielen Menschen gar nicht möglich, zu medizinischen Behandlungen in die Kliniken zu fahren.

Auf der anderen Seite muss man auch erwähnen, dass von staatlicher Seite aus vieles versucht wird, um diese katastrophalen Auswirkungen des Embargos abzumildern. Dieses geschieht mit den sogenannten Clapp-Verpflegungsbeuteln, mit denen wichtige Grundnahrungsmittel verteilt werden. Auch habe ich vor Ort einige Wohnungen gesehen, die im Rahmen des unter Hugo Chávez gestarteten Wohnungsbauprogramms entstanden sind. Mittlerweile sind über 3,4 Mio. Wohnungen errichtet worden. Eine großartige Errungenschaft für Millionen von Venezolanern. Man muss aber zusammenfassend sagen, dass trotz großer Anstrengungen der Regierung Venezuelas die Bevölkerung sehr stark unter dem völkerrechtswidrigen Embargo leidet.

● Was ist von GeFIS aktuell geplant?

Wir haben im Verein aktuell elf Vorträge erarbeitet – über Lateinamerika insgesamt. Neben unseren Vorträgen richtet sich unser Augenmerk auf die Vorbereitung der nächsten Lieferung der Medizin nach Venezuela, die im 4. Quartal 2022 geplant ist.

Das Gespräch führte Heidi Puchala.

Weitere Informationen zur Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität auf www.gefis2020.de.



Foto: GeFIS

Medikamentenübergabe im April 2022 in der Gemeinde Río Chico im Bundesstaat Miranda.

Warum ich spontan kandidierte

Vom 8. bis 10. April 2022 fand das Bundestreffen der AG Cuba sí in Naumburg/Saale statt. Die neu geschaffenen Strukturen innerhalb unserer Organisation wurden personell besetzt.

Unsere Tagesordnung umfasste fünf wesentliche Punkte: Am Freitagabend stellte sich die neue Botschafterin Kubas in Deutschland vor und informierte über die Lage in Kuba (siehe Seite 3). Der Samstag sah Beschlussfassungen über Satzungsänderungen vor; danach zogen Vertreter*innen unserer Arbeitskreise und Regionalgruppen eine facettenreiche Jahresbilanz und gaben einen Ausblick auf die wichtigsten Vorhaben ihrer Solidaritätsarbeit. Gern gesehen sind weitere Mitwirkende aus den Regionalgruppen, die Aufgaben in den AKs übernehmen.

Am Sonntag verabschiedeten wir einstimmig unseren Aufruf „Für eine einige, starke und internationalistische LINKE“ (siehe *Cuba*

sí-info in Heftmitte). Es folgten mehrere Wahlen, um die neuen Strukturen unserer am 3. Oktober 2021 verabschiedeten Satzung (*Revista* 1/2022) mit Leben zu erfüllen. Gleich vorneweg – es konnten nicht alle geplanten Stellen besetzt werden. Woran lag es? Kein Interesse? Angst vor Aufgaben? Auslastung mit der bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit? Das hatte ich befürchtet. Schon während unseres Diskussionsprozesses über neue Strukturen zur stärkeren Einbindung unseres bundesweiten Ehrenamts hatten sich relativ wenige Regionalgruppen und Mitstreiter*innen beteiligt. Nun galt es, bei der Wahl der 15 Sitze im Sprecherrat Farbe zu bekennen, sieben davon sind den Regionalgruppen vorbehalten. Vier

Kandidierende standen bereits fest, drei Plätze waren noch leer. Drei Plätze freilassen? Wofür hatten wir dann all dies ins Rollen gebracht? Jetzt galt es, Verantwortung zu übernehmen!

Nach kurzer Überlegung, Gesprächen mit meinen aus Schwerin anwesenden Freunden und mit den Tischnachbarn entschied ich mich zur Spontankandidatur. Vor lauter Aufregung vergaß ich sogar, mich richtig vorzustellen. Deshalb kandidierte ich: In unserer Schweriner Gruppe brachten wir die neue Satzung mit auf den Weg, beteiligten uns am Diskussionsprozess, entwickelten neue Strukturen. Jetzt muss es mit der aktiven Umsetzung weitergehen! Was nützte sonst die ganze Vorarbeit?

Im Sprecherrat sind nun Vertreter*innen unserer Regionalgruppen Bernau-Uckermark, Chemnitz, Gera, Schwerin und Vogtland vertreten. Ergänzt wird das Gremium um zwei Vertreter*innen der Koordinierungsgruppe Berlin, den Leiter*innen der vier Arbeitskreise und einer Koordinatorin aus dem Cuba sí-Büro. Wir haben inzwischen unsere Arbeit aufgenommen, die ersten Videokonferenzen absolviert und die Grundsätze unserer Arbeit festgelegt. Wichtig war und ist uns, die Regionalgruppen einzubeziehen und für den Informationsfluss in alle Richtungen zu sorgen. Einmal im Monat haben sie die Möglichkeit, direkt an unseren Beratungen teilzunehmen. Wir wollen mit unserer Arbeit noch mehr Mitstreiter*innen aus den Regionalgruppen überzeugen, sich ebenfalls einzubringen.

Ich wünsche uns, dass wir die neue Satzung und die Arbeit in den einzelnen Gremien so gestalten, dass wir dem kubanischen Volk helfen, seinen Weg weiterhin souverän und aufrecht gehen zu können. Beim nächsten Bundestreffen wird sich zeigen, ob wir diesem Anspruch gerecht geworden sind.

Heidi Puchala



8 der 12 Vertreter*innen des neugegründeten Sprecherrats nach ihrer Wahl beim Cuba sí-Bundestreffen. Die Autorin ist die 1. von links. Foto: Cuba sí

Unterstützung des Gesundheitswesens

Unsere Delegation langjähriger Aktivist*innen besuchte bei ihrer Rundreise aus Anlass des 30. Jahrestages der Gründung von Cuba sí auch zwei unserer Projektkrankenhäuser. In Havanna in der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ und in Guantánamo im Hospital „Dr. Agostinho Neto“ konnten sie die Betten, Matratzen, Bettwäsche, Handtücher und die medizinischen Geräte in Augenschein nehmen, die sie einst mit ihren eigenen Händen gesammelt, in Bananenkisten und Rollcontainer verpackt und zu guter Letzt in den 40-Fuß-Schiffscontainern verstaut hatten. Das waren berührende Momente. Zudem wurden sie von führenden Spezialisten über das Leistungsprofil, Forschungsvorhaben und Entwicklungsziele informiert und hatten gute Gespräche mit den Schwestern und Ärzt*innen.

Nunmehr 31 Jahre Cuba sí und vier Jahre Unterstützung des kubanischen Gesundheits-

systems berechtigen zu einer kleinen Zwischenbilanz. Was einst im Frühjahr 2018 mit dem Besuch einer Rundreisegruppe auf der Neugeborenen-Intensivstation des Hospitals „Ramón González Coro“ und der Übergabe einer elektronischen Babywaage begann, hat inzwischen ein beachtliches Volumen erreicht.

Neun große Container überwiegend mit medizinischen Materialien und Geräten, zwei Lufttransporte und 16 Lieferungen im Rahmen von privaten Besuchsreisen sowie zwei Postsendungen mit einem Gesamtwert von weit über 400 000 Euro zeugen von der Stärke unserer Solidaritätsbewegung, vom Fleiß und der Bereitschaft unserer Freunde, die kubanische Revolution mit Geld- und Sachspenden auch auf diesem wichtigen Sektor zu unterstützen. ¡Muchas Gracias!

73 Krankenhausbetten, weit über 150 Matratzen, 13 Inkubatoren für Frühgeborene, 5

Ultraschallgeräte, 12 Beatmungsgeräte für Neugeborene, 4 Intensivbeatmungsgeräte für Erwachsene (zwei von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba finanziert), viele Infusions- und Spritzenpumpen, Beatmungsgasandfeuchter, chirurgische und zahnmedizinische Instrumente, Krankenhauswäsche, Verbrauchsmaterialien und Medikamente haben zunächst in der Geburtsklinik der Hauptstadt, aber auch in Guantánamo, in Mayabeque, Bayamo sowie im zentralen Kinderkrankenhaus „William Soler“ und der Lungenklinik „Centro Benéfico Jurídico“ die in Kuba nach wie vor kostenlose medizinische Versorgung unterstützt.

Der Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie und nunmehr auch die Folgen des Ukraine-Krieges absorbieren zusätzliche Ressourcen und bescheren uns bis heute und auf weiteres finanzielle und logistische Probleme. Aber wie unsere tapferen kubanischen Freund*innen lassen wir uns nicht unterkriegen.

¡Vamos con todo! Gehen wir aufs Ganze!

Dr. Rainer Lindemann

„Lebst du im ausbeutenden oder im ausgebeuteten Imperialismus?“

Im Rahmen des Proyecto Tamara Bunke lebt und studiert Nikos Richter aus der Cuba sí-Gruppe Chemnitz sieben Monate in Havanna.

● **Nikos, seit Mitte März 2022 lebst Du in Kuba und nimmst am Proyecto Tamara Bunke teil. Was hat Dich daran gereizt?**

Ich wollte unbedingt Erfahrung im nicht-europäischen Ausland sammeln. Diverse europäische Länder kenne ich, u.a. durch politische Bildungsreisen – nie aber war ich länger als zwei Wochen unterwegs und schon gar nicht in einem Land des globalen Südens. Ich engagiere mich ehrenamtlich in der Cuba sí-Gruppe Chemnitz, da wuchs natürlich die Neugier. Auch Spanisch lerne ich schon seit einer Weile. Darüber hinaus wollte ich im Laufe meines Studiums unbedingt ein Auslandssemester absolvieren. Das Proyecto Tamara Bunke gibt mir die Möglichkeit, all diese Wünsche zu erfüllen. Ich kann längere Zeit im Ausland bleiben, ein Land in seinen vielen Facetten, auch den politischen, näher kennenlernen, mein Spanisch praktisch anwenden und außerdem mit den Kursen, die ich an der CUJAE (Polytechnische Universität in Havanna) besuche, auch noch Fortschritte in meinem Studium erzielen.

● **Wie lief die Vorbereitung auf Deinen Aufenthalt?**

Im Vorfeld unserer Abreise nahmen wir an zahlreichen Videokonferenzen teil, bei denen wir uns kennenlernten und die Koordinator*innen des Projectos uns auf die vielfältigen Aktivitäten und potenziellen Herausforderungen vor Ort vorbereiteten. Dabei ging es u.a. um die Zusammenstellung unseres Gepäcks, die einzuhaltenden Kommunikationslinien, die im Alltag zu erledigenden Aufgaben und um das Verhalten in Extremsituationen, z.B. bei Naturkatastrophen. Ein wichtiger Teil der Vorbereitung war das Arbeiten mit unserem Blog. Fast wöchentlich veröffentlichen wir dort Artikel über unsere Erlebnisse. Damit das klappt, braucht es ein gewisses Maß an Vorbereitung.

● **Du wohnst in Chemnitz und bist dort Student?**

Ja, ich studiere Politikwissenschaft im Master. Meine Teilnahme am Proyecto dient mir gleichzeitig als Auslandssemester, da mir einige der Kurse an der CUJAE von meiner Heimatuniversität anerkannt werden. Parallel zum Studium arbeite ich für eine Abgeordnete des sächsischen Landtags. Diese Tätigkeit ruht aber während meines Aufenthaltes hier.

● **Welche Studienfächer belegst Du in Havanna?**

An der CUJAE belegt unsere Gruppe Kurse der Sozialwissenschaften. Diese umfassen vier Seminare: Marxistische Philosophie, Politische

Ökonomie, Geschichte Kubas sowie Soziale Probleme der Wissenschaft und Technologie.

● **Wie sieht ein ganz normaler Tag in Havanna im Proyecto aus?**

Die Kurse beginnen täglich um 9 Uhr. Vorher frühstücken wir. Nach dem Unterricht, der meist zwischen 12 und 13 Uhr endet, stehen je nach Wochentag unterschiedliche Termine an. Jeden Montag halten wir ein Gruppenplenum ab, jeden Mittwoch treffen wir uns abends zur Redaktionssitzung und besprechen die neuen Artikel für unseren Blog. Einmal die Woche gibt es ein Treffen mit dem Verantwortlichen des Projectos in Kuba, der ebenfalls an der CUJAE arbeitet. Im Rahmen unseres Geschichtskurses unternehmen wir regelmäßig Exkursionen in die verschiedenen Museen Havannas.

● **Erzähl uns ein wenig über die anderen Personen im aktuell laufenden Durchgang.**

Wir sind insgesamt zehn Personen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Zwei von uns haben spanische und italienische Wurzeln und damit sogar eine doppelte Staatsbürgerschaft. Tatsächlich bin ich der einzige Student. Drei haben eben erst ihr Abitur beendet. Zwei der Gruppe arbeiten in einer Organisation für Tierschutz. Darüber hinaus wird unsere Gruppe ergänzt durch einen Journalisten, eine Architektin, einen Fenstermonteur und einen Erzieher.

● **Wie ist der Kontakt zu den kubanischen Kommilitonen an der CUJAE? Unternehmt Ihr in Eurer Freizeit zusammen etwas?**

Da wir in den Kursen nur unter uns sind, ist der Kontakt zu den anderen Studierenden der CUJAE etwas schwieriger als gedacht. Wir haben inzwischen auf individueller Ebene Bekanntschaften geschlossen; daraus entwickeln sich hoffentlich bald gemeinsame Gruppenaktivitäten.

● **Was war Dein bisher eindrucklichstes Erlebnis?**

Die ersten Stunden nach der Landung haben mich echt umgehauen. Nicht nur ist das mein erster Besuch in Kuba; es ist auch mein erstes Mal Karibik, Lateinamerika, das erste Mal in einem sozialistischen Land ... Beeindruckt hat mich unser Besuch im José-Martí-Monument. Fährt man mit dem Fahrstuhl bis nach oben, hat man einen unglaublichen Ausblick über ganz Havanna. Gänsehaut bekam ich bei unseren Treffen mit zwei der fünf Helden. Ich wusste bereits viel über die Cuban Five. Aber Ramón und Fernando persönlich zu



Foto: Nikos Richter

Die „Bunkistas“ mit einem ihrer Dozenten vor dem Martí-Monument in Havanna, Nikos 5. v. l.

begegnen, ihnen die Hand zu schütteln und Gespräche zu führen – da fühlte ich mich der Geschichte dieses Volkes sehr nah.

● **Worin siehst Du den größten Unterschied zwischen der kubanischen und deutschen Gesellschaft?**

Kuba ist ein Land des globalen Südens. Über 450 Jahre koloniale Ausbeutung und über 60 Jahre unmenschliche US-Blockade hinterlassen entsprechende Spuren. Die Kommunistische Partei tut vieles, um das Leben für die Bevölkerung zu erleichtern.

Vergleicht man Kuba mit Ländern der Region mit ähnlicher Kolonialgeschichte wie Haiti, Puerto Rico oder der Dominikanischen Republik, dann werden die Vorzüge des sozialistischen Systems schnell klar. Im Unterschied zu einem imperialistischen Staat der sogenannten Ersten Welt wie der BRD aber findet sich der Hauptunterschied weniger in der Systemfrage als in der Frage, an welchem Ende des Imperialismus das Land steht – am ausbeutenden oder am ausgebeuteten. Blickt man über diese politökonomische Ebene hinaus, fällt einem natürlich als erstes die Mentalität der Menschen hier auf. Insgesamt sind die Kubaner*innen gefühlt offener, freundlicher und viel solidarischer, als wir das in der individualisierten Gesellschaft Europas kennen.

Die Fragen stellte Miriam Näther.

Kuba und seine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus authentisch kennenlernen – das ermöglicht das Proyecto Tamara Bunke, eine Initiative der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Während des siebenmonatigen Aufenthalts werden Kurse an der Polytechnischen Universität Havanna (CUJAE) belegt, denen ein Sprachkurs auf der Isla de la Juventud vorausgeht. Die Gruppe besteht aus bis zu zehn Personen, die Unterbringung erfolgt in einem Wohnheim auf dem Campus. Infos: <https://www.berichteaushavanna.de>

Anlässlich des 30. Jubiläums der Gründung von Cuba sí bereiste eine Delegation langjähriger Aktivist*innen vom 28. April bis 15. Mai 2022 Kuba. Während der Reise besichtigten wir die durch Cuba sí unterstützten Betriebe

in den Landwirtschaftsprojekten der Provinzen Mayabeque, Sancti Spiritus und Guantánamo. Dabei informierten wir uns nicht nur über die aktuellen Ergebnisse der Zusammenarbeit und die künftigen geplanten Vorhaben. Auch

die Auswirkungen von US-Blockade, Pandemie und Kostensteigerungen auf die Landwirtschaft und Ernährungssicherung zogen sich wie ein roter Faden durch unsere Besuche.

■ Mayabeque

In Übereinstimmung mit Kubas Zielen der Ernährungssicherung

Mit dem Besuch der Vaquería (Kuhstall) Nr. 40 im Zuchtbetrieb Valle del Perú im Kreis San José de las Lajas schloss sich auf unserer Jubiläumsreise ein Kreis, denn hier hatte 1993 die Projektarbeit von Cuba sí in der kubanischen Landwirtschaft begonnen.

Nelson González, Präsident der Cuba sí-Partnerorganisation ACPA in Mayabeque, erläuterte die bisher erzielten Ergebnisse in den unterstützten Betriebsteilen: „Eure Projektmittel verbessern die Infrastruktur und helfen im Kampf gegen die unerwünschte Wucherpflanze Marabú, die bereinigten Felder wieder landwirtschaftlich zu nutzen.“

Der 2011 mit einer großangelegten Spendenkampagne finanzierte Bulldozer zur Bekämpfung jenes Marabús ist nach wie vor im Einsatz – ebenso wie der 2013 gekaufte leuchtend rote Traktor für den Betrieb Rosafé. Die von Cuba sí gespendeten Fahrräder wurden an die technische Kontrolle, Tierärzt*innen und Produktionsmitarbeiter*innen übergeben. Die gespendete Büroausstattung mit PC-Arbeitsplätzen erleichtert die tägliche Verwaltungsarbeit ebenfalls enorm.

Die wissenschaftlich-fachliche Komponente des Projekts trägt Früchte durch regelmäßige Erfahrungsaustausche der Produzent*innen und Treffen mit den Wissenschaftlern der benachbarten Forschungseinrichtungen wie z. B. dem Institut für Tierwissenschaften zu Analysen im Feld. „Den Wissenstransfer gewährleisteten Workshops und Weiterbildung. Ein großes Augenmerk richten wir darauf, Frauen zu ermutigen, sich stärker in den Prozess der Erzeugung von Lebensmitteln einzubringen“, berichtete uns Nelson González.

Es gelang, die Futteranbauflächen mit besonders proteinreichen Gräsern wie Moringa, Morera und Tironia zu vergrößern. Damit lässt

sich die Einfuhr von Kraftfutter reduzieren und aus eigenen Ressourcen eine tragfähige Zucht entwickeln.

Dennoch sind die Produktionsergebnisse in den letzten beiden Jahren zurückgefallen: „Für Kuba ist es durch weitere Sanktionen der US-Blockade zunehmend schwieriger, benötigte Betriebsmittel, Dünger und Ausrüstung einzuführen. Zusätzlich führt die Pandemie mit ihren Verwerfungen auf dem Weltmarkt zu extrem gestiegenen Preisen für Einkauf und Transport. Wir müssen Monate auf die Auslieferung eingekaufter Ausrüstung warten, bis ein Schiff einen kubanischen Hafen anläuft.“

Ausgewirkt hat sich das auf Milchleistung und Mastkapazitäten in unserem Betrieb: Kühe sind Lebewesen, die auf die Veränderung ihrer Umwelteinflüsse reagieren. So führen die nicht mehr kontinuierlich gewährleistete Fütterung im erforderlichen Mischverhältnis oder fehlende Medikamente zur Behandlung z. B. von Parasitenbefall zu einem Abfall der jährlichen Milchleistung von 1 500 Litern auf 900 Liter bei unseren besten Kühen“, erläuterte der ACPA-Chef weiter. Auch die von Cuba sí gespendete Metzgerei bleibt hinter ihren Kapazitäten zurück, weil nicht genügend Schlachttiere zur Verfügung stehen.

Um trotz dieser Rückschläge eine Kontinuität zu schaffen, wird es ab 2023 ein langfristiges Projekt mit dem Arbeitstitel „Unterstützung der Produktionsprozesse in drei Zuchtbetrieben der Provinz Mayabeque“ geben. Neben dem Betrieb Valle del Perú werden zwei weitere Betriebe in den benachbarten Landkreisen Güines und Madruga gefördert.

Konkret geht es um die stetige Verbesserung der Zuchtmethoden, um die Milchproduktion zu steigern und die Zucht an die Umweltbedingungen anzupassen. Schwerpunkte bilden die Genetik, der Einsatz erneuerbarer Energien, nachhaltige Produktionsverfahren und Technologien, die Schaffung einer tragfähigen Futtergrundlage sowie die Gewinnung junger Fachkräfte, speziell von Frauen. Neben Valle del Perú sind dafür der auf Büffelzucht spezialisierte Betrieb El Cangre und der Zuchtbetrieb Del Este ausgewählt.

Der Ansatz des Projekts ist neu und spiegelt die aktuelle Politik der Staatsführung Kubas wider, vor allem jene sozialistischen Staatsbetriebe zu fördern, die Effizienz und Produktivität beweisen: So werden die drei Betriebe miteinander wetteifern, die gesteckten Ziele zu erreichen. Bleiben die Ergebnisse in einem bestimmten Maße hinter den Zielen zurück, gehen die im Projekt bereitgestellten Ressourcen auf die anderen Betriebe über. Unsere Projekte werden sich also auch künftig an den Bedarfen des Landes im Einklang mit seiner Politik orientieren.

Die in El Cangre produzierte Büffelmilch wird vor allem für die regionale Versorgung der Kinder bis sieben Jahre eingesetzt. Die Büffelmast mit angegliederter Schlachtereierzeugung soll ausgeweitet werden; eine Käserei befindet sich im Aufbau. Auf den Selbstversorgerflächen werden Obst und Gemüse angebaut sowie Kaninchen und Schafe

Seit 1993 unterstützt Cuba sí Projekte in der kubanischen Landwirtschaft, um die produktive Basis in unseren Partnerbetrieben zu stärken und mehr Lebensmittel durch eine wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltige Produktionsweise zu erzeugen. Neben der Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion stehen der Einsatz erneuerbarer Energien, Weiterbildungen der Mitarbeiter*innen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Mittelpunkt. Um der auch in Kuba zu verzeichnenden Landflucht zu begegnen, beinhalten unsere Projekte ebenso Investitionen in Kulturhäuser, Bildungszentren und Wohnverhältnisse.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers 1989/90 erlebte Kubas Viehzucht einen verheerenden Niedergang durch fehlendes Kraftfutter, Treibstoff zum Betrieb der klimatisierten Ställe und Ersatzteile zur Reparatur und Wartung bestehender Anlagen.

In solidarischer Zusammenarbeit zwischen kubanischen Experten und Wissenschaftlern für tropische Landwirtschaft der Humboldtuniversität zu Berlin wurde ein Pilotprojekt für eine weidebasierte Viehzucht entwickelt: Die Rinder sollten vorrangig mit den in Kuba verfügbaren Weidegräsern versorgt werden, um die fehlende Einfuhr von Kraftfutter zu kompensieren und die Milchproduktion zu stabilisieren. Diese ersten Studien wurden in der Vaquería 40 des Zuchtbetriebs Valle del Perú in der früheren Provinz Havanna durchgeführt, und seither ist die Kubanische Vereinigung für Tierproduktion (ACPA) unser Partner in Sachen Landwirtschaftsprojekte.



Besuch in der Fleischerei Valle del Perú mit einem Teil der von Cuba sí gespendeten Edelstahl-Ausrüstung.

gehalten. All dies sichert die Versorgung der Beschäftigten in der Kantine.

Der Betrieb Genética del Este wurde einst durch den Comandante en Jefe, Fidel Castro, gegründet. Hier befindet sich die kubanische Genreserve der Rinderrassen Holstein, Jersey und Brunswick. Wie in den anderen Projektbetrieben werden nachhaltige Technologien eingeführt, um als Multiplikatoreffekt auf umliegende Betriebe auszustrahlen. Der Fokus liegt dabei auf der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Kleintieren.

Für die wissenschaftliche Verzahnung von Theorie und Praxis ist Mayabeque mit seinen Forschungszentren bestens geeignet. Eine

enge Zusammenarbeit zwischen ACPA, den Projektbetrieben und dem Institut für Tierwissenschaft ICA (Projektteil Büffelzucht), dem Nationalen Zentrum für Tiergesundheit Censa (Projektteil Viehzucht und Milchproduktion) und dem Fachbereich Sozialwissenschaften der ONAC (Agrarfakultät der Universität Havanna) für den Projektteil „Einbeziehen weiblicher Produktivkräfte in den Produktionsprozess“ wird angestrebt. Nelson González betont die Pilotfunktion: „Wir werden durch statistische Dokumentation und Auswertung Rückschlüsse ziehen, Variablen erörtern und auf Abweichungen im Plan reagieren. Damit schaffen wir eine Plattform für den wissen-

schaftlichen Austausch und wollen beweisen, dass in der tropischen Landwirtschaft nachhaltig produziert und Lösungen für die Ernährungssicherung gefunden werden können. Das schafft Kontinuität, die wir bei der Lebensmittelproduktion so dringend brauchen.“

Wir freuen uns auf das neue ACPA-Cuba sí-Projekt, das sich erneut durch seine nationale Referenz für Kuba auszeichnet: Es ist wissenschaftlich fundiert, erfüllt unsere Kriterien an eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit und steht im Einklang mit den Bedürfnissen des Landes. Unterstützen Sie uns dabei mit Ihrer Spende!

Miriam Näther

■ Sancti Spiritus

Gute Arbeitsbedingungen = motivierte Beschäftigte

Unser Besuch im staatlichen Zuchtbetrieb (Empresa Pecuaria) Managuaco in der zentralkubanischen Provinz Sancti Spiritus begann im Gästehaus des Betriebs: Dank seiner räumlichen Kapazitäten, Übernachtungsmöglichkeiten und gut erreichbaren Lage ist es das Fortbildungszentrum in der Region und kooperiert eng mit der Universität Sancti Spiritus; Cuba sí hatte die Ausstattung der Seminarräume und die moderne Präsentationstechnik finanziert.

„Ideale Bedingungen finden die gegenwärtig 50 Studierenden der Agrarwissenschaften und der Veterinärmedizin bei uns, um praktische Erfahrungen zu sammeln“, beginnt der Direktor von Managuaco, Erit Lezcano, stolz seine Ausführungen. Erklärtes Ziel ist, die künftigen Fachkräfte für eine Tätigkeit in den umliegenden Betrieben zu gewinnen.

Einiges hat sich seit dem letzten Cuba sí-Besuch vor der Pandemie getan: Direkt am Objekt entstanden eine Maracujapflanzung und Gewächshäuser für Gurken und Tomaten. Hier arbeiten vor allem Frauen – dank der neu geschaffenen Kinderbetreuung.

Managuaco bewirtschaftet zwischen den Flüssen Zaza und Tuinicu nahe des Stausees Zaza eine Fläche von 12 091 Hektar und pflegt eine enge Kooperation mit den rund 500 genossenschaftlich organisierten Bauern der Umgebung, die die Empresa z.B. mit Melkanlagen unterstützte.

„Wir sind stolz, während der Pandemie keinen Verlust an Arbeitskräften erlitten zu haben“, erzählt Erit Lezcano. „Dennoch sanken die Produktionsergebnisse. Gründe sind die erschwerte Einfuhr benötigter Ressourcen, aber auch der Notbetrieb während der Hochphase der Pandemie. Die neugeborenen Kälber werden länger bei den Muttertieren gehalten, weil die Kälbersatznahrung schwer zu beschaffen ist. Das führte zu einer Umstellung der Produktionsabläufe und einer niedrigeren Milchproduktion. Wir erzeugen aktuell nur 4,5 Mio. Liter Milch im Jahr, obwohl die Kapazitäten unseres Betriebs und der lokalen Bauern 14

Mio. Liter zuließen. Damit könnten wir den Bedarf der gesamten Provinz decken“, beschreibt der Betriebsdirektor die schwierige Lage.

Doch er blickt optimistisch in die Zukunft: „Mit der Unterstützung von Cuba sí im vergangenen Projekt ist der zootechnische Zyklus für die weiblichen Tiere über die Geburt, Aufzucht und Milchproduktion geschlossen. Nun wollen wir diesen Zyklus für die männlichen Tiere entwickeln, der Zucht, Mast und Fleischproduktion umfasst.“

Dabei geht es nicht nur um Fleisch aus der Stiermast. Erit Lezcano plant weitere Minifábricas für die Verarbeitung von Obst und Gemüse, Büffelmilch und Marabú-Holzkohle. „Dank der besseren Brennqualität im Vergleich zu Holzkohle aus Brasilien verkaufen wir bereits heute über das Internet bis nach Kanada und Europa. Für Nachschub ist gesorgt – wir haben noch mehr als 2 000 Hektar befallene Flächen“, scherzt er, während er unserer Gruppe die selbstgebaute Transport- und Abfüllvorrichtung für die Kohle zeigt.

Während des Rundgangs durch verschiedene Betriebsteile fallen die Investitionen in erneuerbare Energien auf. Die Transformation der Energiematrix zu erneuerbaren Ressourcen entspricht der staatlichen Politik. Wir sehen Solarerhitzer für Heißwasser, solarbetriebene elektrische Weidezäune, Biogasanlagen und durch Windenergie betriebene Pumpen zur Tränke der Viehbestände. „Doch der Klimawandel macht sich bemerkbar“, konstatiert Erit. Zwölf Solarturbinenpaneele gingen im letzten Jahr kaputt durch das Absinken des Grundwasserspiegels im Zaza-Stausee, denn die Turbinen zur Förderung waren heißgelaufen. Das erschwerte die Wasserversorgung der Tiere, die sich zunehmend wieder aus Saugvorrichtungen in Tankwagen versorgen. Unbedingt müsse deshalb die Empresa durch Aufforstung zur Klimaverbesserung beitragen.

Beim Rundgang in der Fleischerei zeigen uns die Beschäftigten stolz die durch Cuba sí bereitgestellte Ausrüstung wie Edelstahlische,

Schutzhandschuhe, Schürzen, Sägen und Spezialmesser. 20 Tiere bis 400 kg werden täglich geschlachtet. Für verbesserte Arbeitsbedingungen ist der Umbau einer Halle und ein neuer Fußboden vorgesehen.

Stauend betrachten wir die aus Ressourcenmangel selbstentwickelte Fleischmengmaschine. „Wir Kubaner sind findig, aber nicht immer gibt es eine kreative Lösung“, sagt Erit und zeigt uns den Kleinlaster, mit dem die verarbeitete und verpackte Ware in die Läden ausgeliefert wird: „Zwar haben wir zwei Kühlcontainer, aber keinen Kühlwagen. Wir unterbrechen notgedrungen die Kühlkette und riskieren beim Transport, dass unsere Ware verdirbt. Auch verfügen wir über weitere Kühl-



Blick auf das neu entstandene Gewächshaus für die Gurken- und Tomatenproduktion, das mit Hilfe eines Windrades bewässert wird.

zellen und könnten eigentlich die Produktion erhöhen, aber diese sind nicht nutzbar wegen fehlender Reglerelemente, die aus US-Produktion stammen.“

Doch Erit ist optimistisch, mit den Einnahmen aus dem Fleischverkauf auch diese Mängel bald zu beheben. Der Vertrieb über In-

ternet laufe gut. „Über unseren Webshop bestellen im Ausland lebende Kubaner*innen für ihre Angehörigen hier Ware und unterstützen so die heimatische Wirtschaft.“

Unser Besuch zeigte einen sehr gut geführten Betrieb mit mehr als 800 motivierten Mitarbeiter*innen. Erit Lezcano dankt beim

Abschied allen Spender*innen herzlich für die über viele Jahre geleistete Unterstützung. „Wir haben gemeinsam die Grundlagen gelegt, auf denen nun Ergebnisse sichtbar werden. Und haben auch weiterhin viel vor!“ Wir drücken die Daumen!

Miriam Näther

■ Guantánamo

Dank Diversifizierung zu Ernährungs- sicherung und Rentabilität

Dritte Station der Projektbesuche war die Provinz Guantánamo. Nach einem punktuellen Projekt 2022 wird Cuba sí in dieser östlichsten Provinz Kubas ein langfristiges Projekt zur Ernährungssicherung entwickeln.

In Anpassung an Klimawandel und verfügbare Ressourcen sehen die staatlichen Richtlinien im Osten Kubas die Zucht von Kleintieren wie Schweine, Schafe, Ziegen und Kaninchen vor, ebenso wie die Futterproduktion vor Ort. In der Genossenschaft UBPC Frank País mit ihren 36 Mitarbeiter*innen ist diese Diversifizierung in vollem Gange: „Unsere Schweine füttern wir mit Mais, Kürbis und Palmiche (Palmenfrüchte) aus eigenem Anbau. Wir haben die Zucht auf das dunkle kreolische Hauschwein umgestellt, das dieses Futter sehr gut verwertet und zudem besser als seine hellhäutigen Artgenossen an das Klima angepasst ist. Mit einem Kredit wird demnächst die Bienen- und Kaninchenzucht aufgebaut. Die Ziegen- und Schafzucht wird vergrößert. Ein weiteres Standbein in dieser bergigen Umgebung sind Maultiere“, zählt uns Cecilio Perán auf, der die Genossenschaft seit einem Jahr leitet. „Wir sind zuversichtlich, uns nach der Pandemie wirtschaftlich zu erholen. Durch den damit verbundenen Notbetrieb sind die Löhne gesunken auf durchschnittlich 2 100 Peso.“ Wie wichtig daher der soziale Aspekt des Projektes in dieser abgelegenen Region ist, wird deutlich erkennbar an den neu gebauten sieben Häusern für die Arbeiter*innen und ihre Familien sowie am neuen sozioadministrativen Zentrum, das für Verwaltung, Weiterbildung und Kulturveranstaltungen genutzt wird. Auch künftig bleibt diese UBPC Bestandteil des Projektes.

Das Hauptaugenmerk im Projekt Guantánamo liegt auf dem Schließen von Kreisläufen.

Darum werden die bisher von uns unterstützten beiden staatlich-forstwirtschaftlichen Betriebe und je vier Genossenschaften in den Kreisen Yateras und Imías weiterhin profitieren. Neu hinzu kommen der Pionierpalast in Guantánamo mit Ställen für die Schaf- und Ziegenzucht und das IPA (Polytechnisches Institut), in dem mittleres technisches Personal für die Landwirtschaft ausgebildet wird, das schon während der Ausbildung in den Betrieben arbeitet.

Auch künftig ist der Bau von Wohnhäusern vorgesehen. In der Produktion ist in jedem Betriebsteil eine Bewässerungsanlage geplant, zwei Minifábricas für Tierfutter sollen entstehen, Ställe werden erneuert und es wird an der Verbesserung des genetischen Materials gearbeitet.

Freude erfüllte uns beim Besuch des staatlichen Betriebs UEB Yateras. „Ihr seht, die aus Projektmitteln finanzierte Fahrradwerkstatt läuft“, begrüßte uns der Leiter Octavio Ordóñez. „Hier können die von Cuba sí dank zahlreicher Helfer*innen gespendeten Fahrräder repariert werden. Inzwischen haben alle Beschäftigten des Betriebes ein Fahrrad erhalten!“, erklärt er stolz. Auch die vor einigen Jahren errichtete Schmiede mit angeschlossener Werkstatt arbeitet erfolgreich.

Weiter ging es zur Genossenschaft UBPC Pedro A. Pérez. Wegen ihres hohen Holzaufkommens spendete Cuba sí eine Tischlerei. In Auftrag gegeben werden neben Ausrüstung für die Landwirtschaft auch dekorative Möbel, verarbeitet werden u.a. Pinie und Caoba. Die durch diese Diversifizierung erwirtschafteten Gewinne fließen in die Viehzucht. Weiteres Aufgabengebiet ist die Aufforstung; für einen gefällten Baum werden zehn neue gepflanzt.

Ein besonderes Vorhaben ist die Errichtung eines solarbetriebenen Tunnelrockners, dessen Erwerb durch zahlreiche Spender*innen möglich wurde. Er soll in der Genossenschaft CCS Angel Bouza Calvo stehen, wo auf 1 016 Hektar 14 verschiedene Obstsorten angebaut werden. 246 Hektar ergeben eine Jahresproduktion von mehr als 3 000

Tonnen“, informiert uns Betriebsleiter Orlando Bombale. „Leider entstehen in der Erntezeit Verluste, da wir noch nicht in der Lage sind, die gesamte Menge an Früchten zu verarbeiten.“ Das wird sich ändern. Gegenwärtig entsteht auf dem Gelände eine Minifábrica, um Mus, Säfte, Gelee und Sirup aus dem Obst herzustellen. Beliefert werden Kindergärten, Tagesstätten für die ältere Bevölkerung und eigene Verkaufsstellen. Orlando plant eine ähnliche Verarbeitungsstrecke für die ebenfalls kultivierte Papaya; demnächst startet der Anbau von Ananas. Eine Anlage für die Produktion von Obstwein, Essig und konserviertem Gemüse soll folgen. Ein Ziel ist auch der Verkauf in Devisen. „Dank der Unterstützung von Cuba sí und Krediten der Bank wurden die baulichen Voraussetzungen geschaffen für eine Erweiterung der Produktion“, blickt er zurück.

Mit dem Solarrockner gibt es eine weitere Verarbeitungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Trockenfrüchten. Die Anlage soll mit tatkräftiger Unterstützung eines Aktivisten von Cuba sí im August 2022 ihren Betrieb aufnehmen. Dennoch bleiben Herausforderungen: „Wir beliefern zwei Provinzen mit unseren Früchten. Nicht immer gelingt das, denn durch die US-Blockade herrscht Treibstoffmangel. Auch Hurrikans sorgen immer wieder für Ausfälle. Die Haltbarmachung unserer Früchte erleichtert da manches.“

Der uns begleitende Architekt aus dem Agrarministerium der Provinz zeigt uns die Fundamente für den Solarrockner. „Die Anlage ist im Zweischichtbetrieb geplant und soll jeweils 1 000 Tonnen Früchte verarbeiten. Es ist ein geschlossener Kreislauf; auch die Abfälle aus der Obst- und Gemüseverarbeitung werden gesammelt – für Tierfutter oder für Regenwurmkulturen zur Humus-Gewinnung.“

Nach den zahlreichen Besuchen sind die Eindrücke vielfältig. Wir haben viel Tatkraft, Vision und Entschlossenheit bei unseren Projektpartnern gesehen, mit Cuba sí an das Erreichte anzuknüpfen und gemeinsam für Ernährungssicherung und gute Lebensbedingungen in dieser Region zu wirken. Dennoch trüben die weltweit exorbitant gestiegenen Fracht- und Einkaufskosten für Ausrüstung, Maschinen und Ersatzteile die Freude. Für den gleichen Preis können weniger Mittel akquiriert werden, was das Erreichen der Projektziele erschwert.

Hier setzen wir auf Sie, liebe Spender*innen! Helfen Sie mit, damit wir gemeinsam die bestmögliche Unterstützung leisten!

Claudia Gerathewohl



Palmiche – Früchte der Königspalme – wird als Futter für die Schweine genutzt, Fotos: Cuba sí



● **Was ist der Grundgedanke Eures Projekts? Wo in Kuba ist es angesiedelt?**

Mit unserem Verein Interbrigadas engagieren wir uns in Kuba, da die dortige Gesellschaft viel Wegweisendes und Progressives erreicht hat, trotz eines massiven Drucks von außen. Mit wenig Ressourcen wird eine Gesellschaft entwickelt, die in Lateinamerika die höchste Lebenserwartung, die niedrigste Kindersterblichkeit und Mordrate aufweist.

Wir unterstützen seit drei Jahren ein kommunales internationalistisches Zentrum in Viñales im Westen Kubas. Die Stadt ist sehr touristisch geprägt, lokale Lebensweisen und landwirtschaftliches Wissen gehen in der jüngeren Generation verloren. Deshalb organisieren lokale Aktivist*innen seit 2011 Kurse für traditionelle Tänze, Musik, Malerei und Theater. Neu hinzu kam die Umweltbildung. Das Projekt hat ein Grundstück in Viñales, wo die Kurse stattfinden und weitere Räumlichkeiten ausgebaut werden. In einem naheliegenden Tal wird ein Permakulturfruchtwald angelegt. Diese drei Arbeitsbereiche (Umweltbildung, Kulturarbeit, internationalistischer Austausch) finden wir sinnvoll und unterstützenswert.

● **Was ist konkret geplant, welche Meilensteine schon erreicht?**

Seit Sommer 2021 unterstützen wir verschiedene Bauabschnitte mit Brigaden: Wir haben das traditionelle Palmendach des Veranstaltungsortes errichtet, eine Werkstatt ausgebaut und im Frühling 2022 die Fußböden gegossen und die Brigadeunterkunft verputzt. Zudem wurden auf dem agroökologischen Grundstück über 70 Fruchtbäume von 24 Arten gepflanzt. Die neue Infrastruktur dient Begegnung und Austausch mit progressiven Bewegungen und als Basis zum vertiefenden Kennenlernen des Landes.

Die Sommerbrigade 2022 wird das Haus mit Sound und Licht ausstatten und die Unterkunft fertigstellen (Bad fliesen, Fußboden gießen, Elektrik anschließen). Weitere Bäume



Interbrigadas helfen beim Decken eines traditionellen Palmendaches im Juli 2021

werden gepflanzt. Daneben helfen wir lokalen Künstler*innen, Gemeindekurse und Veranstaltungen wiederzubeleben, die durch die Corona-Pandemie zum Erliegen kamen.

Nächste große Etappe wird 2023 die Überdachung und der Ausbau eines Cafés sein. Kaffee und Früchte werden bereits auf dem Permakulturgrundstück angebaut. Ihr Verkauf dient der autonomen Finanzierung des Projektes. Permakultur ist eine Form der nachhaltigen Landwirtschaft, wo auf Biodiversität, natürliche Stoffkreisläufe und lokale Produktion geachtet wird. Sie trägt zur Ernährungssouveränität bei. Was wir als ökologisch bewusst ansehen – riesige Weideflächen, organische Düngung, Stadtgärten – ist in Kuba normal. Leider ist die Landwirtschaft nicht sehr attraktiv unter jungen Leuten, auch wegen der körperlichen Arbeit. Nachwuchs fehlt. Wir unterstützen daher jene Aktivist*innen, die das ändern wollen.

● **Gibt es mehrere Brigaden im Jahr?**

Geplant sind zwei pro Jahr in den Semesterferien für 3–4 Wochen. Zuvor gibt es eine Schulungsreihe zu Kuba, Vorbereitungswochenenden und regelmäßige Treffen in Berlin.

Ein typischer Tag im Projekt beginnt mit dem Frühstück und einem kurzen Plenum zur Planung der anstehenden Arbeit. Danach geht es los – von Haus bauen bis Bäume pflanzen. Abseits der Arbeit lernen wir kubanische Institutionen oder Bewegungen kennen. Wir legen viel Wert auf die gemeinsame Planung der Tätigkeiten. Alltägliche Dinge, z.B. Putzen, Kochen und Einkaufen, erledigen wir abwechselnd in Kleingruppen. Abends besprechen wir die Eindrücke vom Tag oder hören Livemusik der Salsaband des Projektes.

● **Wer kann mitmachen?**

Prinzipiell alle politisch Interessierten, die die progressiven Aspekte des kubanischen Gesellschaftsmodells kennenlernen wollen. In der jetzigen Projektphase suchen wir vor allem Menschen mit genügend Spanischkenntnissen, politischen Vorerfahrungen und praktischen Fähigkeiten. Mittelfristig richtet sich unser Angebot an Leute, die von Kuba lernen wollen über ökologischen Anbau von Lebensmitteln, genossenschaftliche Produktionsweise oder präventive Medizin – und diese Erfahrungen nach Europa tragen.

● **Stößt Ihr auf Schwierigkeiten durch die US-Blockade?**

In der Arbeit vor Ort bemerken wir die Blockade ständig. Viele Produkte sind in Kuba nicht verfügbar, so dass wir sie selbst per Koffer mitbringen müssen. Die Soliarbeit wird erschwert, ist aber umso notwendiger. Eben das wollen wir, dass die Blockade fällt!

Das Gespräch führte Miriam Näther.

Interbrigadas e.V. • Genter Straße 60 • 13353 Berlin • Spenden: DE44 4306 0967 1130 8107 00
info@interbrigadas.org • www.interbrigadas.org



Nachgefragt bei:

**Andreas Grünzig (73),
Cuba sí Dresden**

● **Im Juni 2022 jährte sich der Staatsbesuch Fidel Castros in der DDR zum 50. Mal. Vom 13. bis 21. Juni 1972 besuchte er Berlin, Halle, Leuna, Dresden und Rostock, wo er euphorisch empfangen wurde. Auch Du bist ein Zeitzeuge!**

Es war der 16. Juni 1972, ein Datum, das man nicht vergisst. Dem Rundgang durch die Dresdner Innenstadt und dem Eintrag ins Goldene Buch folgte eine Kundgebung für die Jugend. Ich studierte damals an der Bezirksparteischule und verfolgte die dreistündige, sehr emotionale Rede am Rande des Opernplatzes über Lautsprecher. Es war faszinierend, wie er die politische Situation der Menschen in Kuba beschrieb. Immer wieder gab es spontanen Beifall, eine solche Rede hatten wir noch nie erlebt.

● **Wie bist Du zu Cuba sí gekommen?**

2016 fuhren meine Frau Marlies und ich nach Kuba in den Urlaub. Nur wenige Tage zuvor war Fidel gestorben. Mit unserer Reisegruppe erlebten wir einen Teil der neuntägigen Staatstrauer mit. Land und Leute in dieser besonderen Zeit kennenzulernen, hat uns tief beeindruckt. Danach waren wir entschlossen, persönlich etwas zu tun.

● **Was sind die wichtigsten Aufgaben?**

Unsere Regionalgruppe sammelt Geld und Sachspenden für die zentralen Cuba sí-Projekte. Viermal im Jahr nehmen wir Sachspenden in der LINKEN-Zentrale im Haus der Begegnung entgegen. An unseren Infoständen zum 1. Mai und 1. September sprechen uns viele Gäste an, denen wir die schwerwiegenden Folgen der US-Blockade erläutern. Viele Spender interessiert natürlich die Verwendung ihrer Spenden. Und was sie besonders toll finden, man kann echten Mojito bei uns trinken.

Die Fragen stellte Miriam Näther.

Ich liebe Dich, weil man Dich nicht liebt

José Martí Märchen für Kinder leben in neuem Kinderhörspiel wieder auf

„Ich liebe Dich, weil man Dich nicht liebt“, sagt das kleine Mädchen wohlhabender Eltern zu ihrer Puppe aus Stroh und Stoff mit dem schwarzen Gesicht. Sie hat zu ihrem achten Geburtstag vom Papa ein schönes neues Porzellanpüppchen geschenkt bekommen, doch dessen Augen sprechen nicht mit dem kleinen Mädchen. Deshalb gibt sie all ihre Liebe der einfachen schwarzen Puppe.

„Ich liebe Dich, weil man Dich nicht liebt“ ist Ausdruck der humanistischen Grundeinstellung José Martí, mit der er die kubanische Revolution mitgeprägt hat. Vor jeder Schule in Kuba steht eine Martí-Büste und erinnert an das große Herz und die lehrreichen Erzählungen des Nationalhelden. Mit dem Hörspiel „Geschichten für Kinder“ wird nun auch deutschsprachigen Jungen und Mädchen Werk und Wirken Martí vermittelt. Die Autorin Monika Ehrhardt-Lakomy schafft es mit diesem Solidaritätsprojekt für Kuba, wieder die Herzen der Kleinen (und Großen) zu erobern.

Martí, geboren 1853 in Havanna, wuchs selbst in ärmlichen Verhältnissen auf und empfand früh die Ungerechtigkeit, die von den spanischen Kolonialherren gegen die Ureinwohner Kubas und die aus Afrika verschleppten Sklaven ausgeübt wurde. Seine Kritik brachte ihm die Verbannung nach Spanien zur Zwangsarbeit, wo er im Anschluss Jura, Phi-

losophie und Literatur studierte. Das erklärt auch Martí Interesse für europäische Musiker, Dichter, Maler und ganz besonders Wunderkinder. Letzteres wird auch im Hörspiel betont.

Zurück auf Kuba wurde Martí wieder verbannt. Er floh nach New York, hielt sich als Autor über Wasser. Dort entstanden seine „Einfachen Verse“, von denen das Gedicht und Lied „Guantanamera“ am bekanntesten ist. Martí kehrte zurück nach Kuba, um für dessen Unabhängigkeit zu kämpfen. Dabei wurde er 1895 erschossen. Doch der Kampf gegen den Kolonialismus der Spanier, die Opferbereitschaft und seine Herzlichkeit entfalten sich noch immer in Martí Werken. In diesem Sinne sind seine Geschichten für Kinder lehrreich und menschlich berührend. Im Märchen „Der Zauberkrebs“ wollte er zum Beispiel zeigen, dass Habgier schlecht ist und die Liebe zu jenen, die nicht geliebt werden, etwas Wertvolles ist, für die es sich lohnt zu kämpfen.

Die Musiker Tobias Thiele und Aruma Itzammaray umrahmen das Hörspiel und sorgen für das nötige Flair, Spannung und eindringliche Rhythmen. Das Hörspiel leitet zudem durch den Unabhängigkeitskampf Kubas und hebt Martí Bedeutung als Freiheitskämpfer und Dichter hervor. Auch wenn Kolumbus meinte, Amerika „entdeckt“ zu haben, so lebten doch zuvor bereits dort Menschen, die er Indi-



Foto: Wolfgang Fraischer

os nannte in der Annahme, in Indien gelandet zu sein. Deren und die in Kuba aufgewachsenen Nachfahren spanischer Einwanderer sowie afrikanische Sklaven kämpften für ihre Unabhängigkeit.

Themen wie Eroberung, Unterdrückung und Sklaverei werden in „Der Padre las Casas“ oder „Die Liebe zur Heimat“ für Kinder verständlich vertont und vermitteln humanistische Werte im Sinne Martí.

Franziska Schneider

Monika Ehrhardt-Lakomy/Tobias Thiele;
José Martí – Geschichten für Kinder
Ein Hörspiel, Traumzauberbaum Verlag.
Erhältlich an Cuba sí-Informationsständen
und über die Kontaktdaten im Impressum.

Was sonst noch geschah Vorschau

- 24. März 2022, Berlin: Auftaktveranstaltung zu den 2022 bundesweit geplanten UnblockCuba-Aktionen, Infos: www.netzwerk-cuba.org
- 8.–10. April 2022, Naumburg: Bundestreffen der AG Cuba sí, Infos: in diesem Heft auf den Seiten 3 und 10
- 14. April bis 31. Mai 2022, Berlin: Fotoausstellung „Von Kolumbus bis zur Schweinebucht“
- bundesweite Ostermärsche und 1. Mai-Veranstaltungen mit Cuba sí-Aktivitäten
- 12. Juni 2022, Berlin: gemeinsamer Infostand mit Netzwerk Cuba und Freundeschaftsgesellschaft Berlin-Kuba e.V. beim Umweltfestival auf der Straße des 17. Juni
- 18. Juni 2022, Schwerin: Beladung eines Sachspendencontainers für das Finlay-Institut für Impfstoffforschung in Havanna
- 19. Juni 2022, Berlin: Beladung eines Sachspendencontainers für das Gesundheitswesen Kubas
- 29. Juni 2022, Berlin: Aktuelle Lage in Kuba – die US-Blockade und die Perspektiven, Prof. Dr. Ernesto Domínguez López und MSc. Dalia González, Universität Havanna
- 23. Juli 2022, 14–22 Uhr, Berlin-Lichtenberg, Parkaue: Fiesta de Solidaridad
- 29. Juli 2022, 18–22 Uhr, Nürnberg, Villa Leon: Fiesta Moncada
- 27.–28. August 2022, Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz: UZ-Pressesfest der DKP, Infos: <https://pressesfest.unsere-zeit.de/programm>
- 28. August 2022, Strausberg, Marktplatz: Friedensfest mit Cuba sí-Infostand
- 3. Sept. 2022, Cottbus: Friedensfest mit Cuba sí-Infostand
- 3.–23. September 2022, Mayabeque: Cuba sí-Solidaritätsbrigade
- 7. September 2022, Zittau: 30 Jahre Cuba sí Lausitz
- 17.–18. September 2022, Oostende (Belgien): Manifiesta, Infos: <https://www.manifiesta.be>
- 24. September 2022, Berlin: Fahrrad-Rallye im Rahmen der Kampagne UnblockCuba
- Oktober 2022: Blockade-Abstimmung in der UNO, Infos: www.netzwerk-cuba.org
- 5.–26. Oktober 2022, Guantánamo: Cuba sí-Solidaritätsbrigade
- 29. Oktober 2022, Nürnberg: Jahreshauptversammlung des Netzwerk Cuba, Infos: www.netzwerk-cuba.org

Impressum

Herausgeber: Cuba sí, Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55
www.cuba-si.org, berlin@cuba-si.org

V.i.S.d.P.: Miriam Näther
Druckerei: SAXOPRINT GmbH, Dresden
Auflage: 10 000

Redaktionsschluss: 15. Juli 2022
Cuba sí revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

Wer Kuba unterstützen möchte:
Spendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

- **Empfänger:** DIE LINKE/Cuba sí
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BELADEBEXXX
Bitte Verwendungszweck angeben:
„Milch für Kubas Kinder“, „Kuba muss überleben“ und Ihre Anschrift

Cuba sí